

# Antifaz

Antifaschistische Zeitung

HEFT 28 März/April 1991

5. JAHRGANG

DM 2,00



K.D.



In diesem Heft:

Einleitung.....	S. 3
Die Waffen ruhn.....	S. 4
Antikriegsveranstaltung in Dortmund.....	S. 5
Golfkrieg und faschistische Rechte.....	S. 7
Antirassistische Wochen in Herne.....	S.10
Die Lage der Roma in NRW.....	S.15
Blick nach draußen.....	S.20
Buchbesprechung.....	S.24
Antifasch. Vereinigung in der Krise-TeilII.....	S.25
Das Töten war ihr Handwerk.....	S.29
Impressum.....	S.31
Leserbrief.....	S.33
Antifaschistischer Ratschlag Kreis Recklinghausen.....	S.34
Info-Cafe Berlin-Friedrichshain.....	S.36

Verkaufsstellen:

**Dortmund**  
 - Geschichtswerkstatt  
 - Atom-Stop-Büro  
 - Litfaß-Buchladen  
 - Café Samowar  
 - Taranta Babu Buchladen

**Herne:**  
 - Kornmühle  
 - Informationszentrum 3.Welt

**Münster**  
 - Cafe Malik  
 - Cafe Prütt  
 - Frauenstr. 24  
 - Litfaß  
 - Themroc

**Recklinghausen**  
 - Attatroll-Buchladen  
 - Sonnenblume-Naturkostladen  
 - Drübelken-Kneipe  
 - Grünes Büro

**Marl**  
 - Bücherladen

**ANZEIGE**

**Straßencafé**



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4600 Dortmund 1

**Herten**  
 - Büchereule

**Bochum**  
 - Buchhandlung im  
 Hauptbahnhof

**Gladbeck**  
 - Annes Natur-  
 kostladen

**Duisburg**  
 - Buchhandlung  
 "Weltbühne"



# EINLEITUNG

Es scheint, als ob die USA **ihre Vorstellung einer neuen Welt"friedens"-ordnung** vorerst durchgesetzt haben: Am Golf "schweigen die Waffen", doch der Krieg wird fortgesetzt - mit Mitteln der Politik.

Nun ist das eingetreten, was wir in der vergangenen Ausgabe der AntifaZ befürchteten: Der Beginn dieses Jahrzehnts ist für die Menschheit **eine Katastrophe**. Einzig die Tatsache, daß dieser Krieg militärisch schneller beendet wurde, als wir alle zu hoffen gewagt hätten, ist ein Lichtstrahl in einer ansonsten verheerenden Dunkelheit, die über uns gekommen ist, und das in vielerlei Hinsicht:

Hunderttausende von Toten, zwei Länder vollkommen zerstört, und unterm Strich die Tatsache: Imperialistischer Krieg ist zwar weltweit verurteilt, aber **eben auch** ein ganzes Stück stärker wieder als Mittel der Politik akzeptiert worden.

Wir berichten in dieser Ausgabe selbstverständlich an erster Stelle zu diesem Thema, und zwar aus unterschiedlichen Gesichtspunkten. So z.B. unter der Fragestellung **"Golfkrieg und faschistische Rechte"**.

Einen weiteren größeren Teil nimmt die Berichterstattung über die "Antirassistischen Wochen" in **Herne** ein, wobei ausführlich über die **Lage der Roma in NRW** gesprochen wird - ein Thema, was in den vergangenen Wochen - auch aus erklärlichen Gründen - stark in den Hintergrund trat.

Wie angekündigt, setzt **Hermann Bogdal** seine Artikelserie über **vergessene AntifaschistInnen** fort, in dieser Ausgabe nun sein Bericht über **Erich Bergmann** aus Recklinghausen.

Zudem bringen wir eine kurze Buchbesprechung ("**Rechtsextremismus im vereinten Deutschland**"), leider noch nicht dagegen die Besprechung des Buches von Tolmein/Degener ("**Geschätztes Leben**") - wird in der nächsten Ausgabe nachgeholt. Ebenfalls noch "in Mache" ist ein Artikel über "**FAP-Intern**", der einiges an Aufschluß über die aktuelle Entwicklung der FAP verspricht.

Nicht zuletzt drucken wir - selbstverständlich - auch die Stellungnahme des Landesvorstandes der **VVN-BdA** zum offenen Brief der VVN-BdA-Kreis Herne ab (siehe vergangene Ausgabe der AntifaZ).

Zum Schluß bitten wir ein wenig um Nachsicht, wenn diese Ausgabe nicht ganz so viel unterschiedliche Aspekte aufweist - auch wir waren und sind mit unseren Gedanken und Gefühlen zur Zeit fast ausschließlich mit dem Thema "Krieg" beschäftigt - es muß trotzdem weitergehen.

In diesem Sinne,

Eure

**AntifaZ-Redaktion**



# DIE WAFFEN RUHN - DER KRIEG WIRD FORTGESETZT MIT MITTELN DER POLITIK

Die Waffen schweigen, aber wie lange, fragen sich viele Menschen besorgt. Trotz des offensichtlich eindeutigen militärischen Sieges der "Alliierten" über den Irak trauen die Menschen dem "Frieden" nicht - zu deutlich hatten G. Bush und andere Politiker der westlichen Kriegsallianz deutlich gemacht, daß es ihnen nicht in erster Linie um die Befreiung Kuwaits ging, sondern um die Vernichtung des irakischen politischen Regimes unter Saddam Hussein sowie um die weitgehende Zerstörung seines militärischen Potentials.

In aller Welt und besonders engagiert in der Bundesrepublik haben Millionen von Menschen sich **gegen diesen Krieg** ausgesprochen - es hat die Herrschenden keinen Deut gestört.

Hierzu hat zum einen die Tatsache beigetragen, daß dieser Krieg seitens der USA und ihrer Verbündeten offensichtlich weitaus erfolgreicher verlief als selbst von ihnen erwartet, zum anderen fehlte innerhalb der Aktionen der Friedensbewegten die Position einer **gerechten Seite**. Von Anbeginn haben sich alle Aktionen von S. Hussein distanziert und "mit Israel" solidarisch erklärt - die Solidarität mit den betroffenen Völkern, mit dem irakischen, dem kurdischen, dem palästinensischen und auch dem kuweitischen (das von nicht wenigen als gar nicht existent bezeichnet wird), in den Ländern des Nahen Ostens war dagegen eher im Hintergrund.

Es kommt ein weiteres "Problem" hinzu:

Die Aktionen, vor allem in der BRD, waren derart vielfältig und oft so kräfteraubend, daß nach vier Wochen bei vielen einfach nichts mehr ging. Dies ist sicher zum einen ein positiver Hinweis auf die hohe moralische Qualität der Aktionen, auf die tiefe Betroffenheit vieler, vor allem sehr junger Menschen, über diesen Krieg, zeigt andererseits aber dennoch einen Mangel an **politischer Orientierung** innerhalb der Aktionen.

Schon die große Demonstration in Bonn war bei aller positiv zu bewertenden Vielfalt stark geprägt von dem Wunsch, die massiven Vorwürfe des "Antiamerikanismus" oder des "Antisemitismus" zu entkräften - als ob innerhalb der Friedensbewegung auch nur zu irgendeinem Zeitpunkt tatsächlich Ablehnung des amerikanischen Volkes oder des jüdischen Glaubens vorhanden gewesen wäre.

Zu einer scharfen Kritik der USA-Ziele als imperialistischer sowie der Politik des Staates Israels als gegenüber dem palästinensischen Volk verbrecherisch konnte sich die Bewegung angesichts der massiven Angriffe seitens der Herrschenden nicht entschließen.

Dennoch ist allein die Tatsache einer derart breiten Friedensbewegung gegen diesen Krieg auch ein Ausdruck der veränderten Grundhaltungen der Menschen in unserm Land: Die über Jahre geführte Diskussion gegen Militarismus, Blockdenken und weltweite Aufrüstung hat **auch** bleibende Wirkung bei den Menschen hinterlassen.

Umso ernstzunehmender ist, wie schnell andererseits bei vielen eine prinzipielle Unterstützung von Krieg zur Durchsetzung "unserer westlicher Interessen am Reichtum fremder Völker" entstanden ist.

Als Ergebnis dieses Krieges steht fest, daß die Position der um Freiheit kämpfenden Völker im Nahen Osten geschwächt wurde, daß die Position der USA als imperialistischer Führungsmacht erneuert worden ist.

Sie werden sich mit dem augenblicklichen Erfolg nicht zufriedengeben und jetzt erneut **mit politischen Mitteln** den Krieg gegen die arabischen Völker führen. Die Kriegsziele dabei sind:

- Aufbau ihnen willfähriger Regime in der gesamten Region, zuerst selbstverständlich im Irak
- weitestgehende Zerschlagung des palästinensischen und kurdischen Widerstands
- ökonomische Herrschaft bei der Ausbeutung des Nahen Ostens, Versuch der Ausschaltung europäischer und japanischer Konkurrenz.



# ANTIKRIEGSVERANSTALTUNG IN DORTMUND

"GEMEINSAMER WIDERSTAND GEGEN DEN US-KRIEGSKURS AM GOLF!  
KEINE DEUTSCHEN TRUPPEN IN DIE TÜRKEI UND AN DEN GOLF!"

Unter diesen Losungen fand am 3.2.91 in Dortmund (Gaststätte Stimmgabel) eine Veranstaltung gegen den Krieg am Golf statt. Veranstalter waren: Dortmunder Initiative gegen Bonner Großmachtpolitik, EKIM Dortmund, Internationales Kulturzentrum, DIFD-DIGD (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in Dortmund), MLPD, MLBI, Arbeitskreis Internationalismus für einen Infoladen, KPD(Stuttgart), Palästina-Komitee und Arabisches Solidaritätskomitee.

Gekommen waren etwa 120 bis 150 Personen.

Die Veranstaltung begann mit einer Eröffnungsrede (türkisch und deutsch), in der zur Solidarität mit den vom Krieg hauptsächlich betroffenen Völkern des Mittleren Ostens (insbesondere dem kurdischen, palästinensischen und natürlich irakischem Volk) aufgerufen wurde. Bei der Podiumsdiskussion (mit je einem Vertreter der Veranstalter) ging es um die Fragen: Worum geht es am Golf? Welche Interessen verfolgen dort die Imperialisten? Was will die türkische Regierung(Özal)? Was will die irakische Regierung(Saddam)? Wie stehen die betroffenen Völker zum Saddam-Regime? Wie kann man zugleich gegen Saddam und Bush kämpfen?

Im folgenden soll der Schwerpunkt auf der Lage in der Türkei liegen.

Angesprochen wurde zunächst die Rolle der Arbeiterbewegung in der Türkei im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, die zum Zeitpunkt des Beginns (Mitte Januar) noch mit dem Bergarbeiterstreik in Zonguldak befaßt war.

200 000 Bergarbeiter hatten einen Demonstrationenzug für ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte von Zonguldak nach Ankara begonnen. Bevor sie die E5 (Autobahn von London bis Bagdad) erreichen konnten, fanden zwischen Özal und Deniz (Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft) Verhandlungen statt, in denen es um Aufhebung des Streikrechts für Berg- und Metallarbeiter für die Dauer des Krieges und um die Beendigung des Marsches nach Ankara ging. Angesichts massiver Drohungen (möglicher Militäreinsatz) seitens des Özalregimes im Falle eines Betretens der Autobahn, was für die Arbeiterbewegung sehr wichtig gewesen wäre, wurde der Zug abgebrochen.

Innenpolitisch hat das Özalregime es geschafft, mit Hilfe des Golfkriegs zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Erstens wurde die Arbeiterbewegung in ihren Aktionen erheblich eingeschränkt; zweitens wurde der kurdische Freiheitskampf durch sogenannte Umsiedlungsaktionen in Richtung westliche Türkei torpediert, ohne daß er jedoch ganz zum Erliegen gekommen ist. Aus Angst vor dem Krieg (insbesondere vor der evtl. Wiederholung eines Giftgasangriffs) haben viele kurdische Familien ihr Vieh billig verkauft und sind in Zelten unterwegs, und das bei bis zu

20 Grad minus!

**Außenpolitisch** spekuliert das Özal-Regime erstens auf Aufnahme in die EG und zweitens auf Gebietserweiterung um die irakischen Territorien um **Mosul** und **Kirkuk**(erdölreiche, vor allem kurdisch besiedelte Gebiete) durch einen Eintritt in den Krieg. Da Israel mit Rücksicht auf die Stimmung







# GOLF-KRIEG UND FASCHISTISCHE RECHTE

## DOPPELTER RASSISMUS

"Deutsches Soldatenblut darf nicht im Wüstensand versickern, damit das Öl für die USA wieder sprudelt", mahnt die NPD. Im Sinne einer deutsch-arabischen Leidensgemeinschaft gegen raumfremde Mächte tritt die NPD-Fraktion im Frankfurter Römer für eine Städtepartnerschaft mit Bagdad ein. Michael Kühnen sammelt Söldnertrupps für einen neuen Anlauf zur Endlösung der Judenfrage.

Die zerstrittene Euro-rechte im Europäischen Parlament trifft sich vor Kriegsausbruch zum Stelldichein bei Saddam Hussein und holt "europäische Geiseln" nach Hause. Le Pen zu Saddam Hussein: "Wir wollen Herr sein im eigenen Haus. Es gilt, den arabisch-islamischen Vormarsch in Europa zu stoppen - nicht am Golf." Der deutsche REP-Mann Prof. Schlee und der italienische MSI-Sekretär Finie pflichten zustimmend bei.

**Alain de Benoist**, Vordenker der französischen und deutschen Neuen Rechten, äußert sich zum Thema gleichzeitig in "Le Monde", "Nation Europa", dem "Euro-Kurier" des faschistischen Grabert-Verlages und in der TAZ. Er fordert statt einer "Homogenisierung des Planeten durch eine amerikazentrierte Weltordnung" die völkisch und rassistisch ausgerichtete Neuordnung der Welt. In Anlehnung an die Antikriegsbewegung distanzierte sich Benoist von den Verbrechen des Hussein-Regimes, kritisiert den kolonialen

Charakter des Krieges von Seiten des Westens, um dann eine Politik des Erstarkens Europas gegen die USA an der Seite der arabischen Völker zu fordern. In Erwartung einer gründlichen militärischen Niederlage des Irak schreibt Benoist:

"Der Westen wird alle Kriege gewinnen, außer dem letzten. Und wenn es einen dritten Weltkrieg geben sollte, werden ihn die USA und der europäische Kontinent gegeneinander austragen."

Alle rechten und faschistischen Gruppen feiern

folgerichtig deutsche Waffenlieferungen an den Irak als unabhängige deutsche Tat und fordern zumindest Neutralität im militärischen Konflikt, immer mit Hinweis auf "deutsche Interessen und deutsches Blut".

### Antisemitismus...

Der sogenannte völkische Antiimperialismus der Rechten richtet sich vor allem gegen die USA und Israel. In rechten Kreisen hat diese Sichtweise eine lange Tradition und ist weder überraschend noch neu. Daß



FOTO: PERRY KRETZ

**Stolze Saudis: Nach der Vertreibung der irakischen Invasionstruppen aus der Grenzstadt Chafdschi haben Soldaten ihren Schützenpanzer erklimmt und spreizen die Finger zum Siegeszeichen**



sich faschistische Kräfte antikapitalistischer und antiimperialistischer Terminologie bedienen, ist so alt wie die faschistische Bewegung selbst. Auch daß sich solche Bestrebungen immer nur gegen die konkurrierenden imperialistischen Mächte und ihre Verbrechen richten, ist alter Bestandteil rechter Ideologie und Politik. Die blutige Kolonialpolitik Israels gegen die Palästinenser wird von den Rechten gerade nicht aufgegriffen, um einem gleichberechtigtem Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen das Wort zu reden. Das Gegenteil ist der Fall. Ihr "Antiimperialismus" heißt Ethnopluralismus und Apartheidpolitik. Sie versuchen ständig neu den Nachweis, daß ein Zusammenleben verschiedener Rassen und Völker auf gleichem Raum unnatürlich und unmenschlich sei. Die Kritik an der Politik Israels dient lediglich als Hilfsargument für die Richtigkeit antisemitischer Verschwörungslöge.

Die alte Verschwörungstheorie vom "internationalen Judentum", das Deutschland wieder in einen Krieg hineinziehen wolle, geistert wieder verstärkt in und zwischen den Zeilen des rechten Blätterwaldes. Der frühere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden malt in "Nation Europa" das bekannte Feindbild vom mächtigen Weltjudentum, das sich erneut bemühe, Deutschland ökonomisch und militärisch unter seine Kontrolle zu bekommen.

Von Nazis fingierte PLO-Unterschriften auf geschändeten jüdischen Friedhöfen in Süddeutschland zeugen von der Durchschlagskraft dieser Hetze.

### ...und Feindbild Islam

Kein Widerspruch ist es, wenn die Rechten gleichzeitig die Bedrohung der sogenannten abendländischen und europäischen Kultur durch den Islam beschwören: "Aber nirgendwo in Westeuropa schlug der Islam so tiefe Wurzeln wie in der Bundesrepublik. Araber haben Petro-Dollars in Milliardenhöhe in Aktien deutscher Konzerne investiert. Ein Millionenheer moslemischer Gastarbeiter ist in Westeuropa ansässig. (NE 1/91).

Die antimoslemische Hetze gegen in Europa lebende Araber ist schon heute lebensgefährlich für die Betroffenen. Die Verbreitung von Pogromstimmungen ist direktes Ziel rassistischer Propaganda.

Der antiarabische Rassismus gegen Arbeitsmigranten in Europa, latenter Antisemitismus und der rechte Befreiungsnationalismus gegen deutsche Konkurrenten in Bezug auf den Golf-Krieg, all dies gehört zusammen und muß in seiner Geamtheit von den antifaschistischen Kräften zurückgewiesen werden.

Da ist es wenig hilfreich, wenn Konkret-Autor Bernd Siegler einen Schulteranschluß zwischen Antikriegsbewegung und faschistischer Rechter unterstellt und dabei unterschiedliche Motivation und Zielsetzung ein-



Schüler der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule brachten ein großes Spruchband mit der Aufforderung „Nie wieder Krieg“ am Eingang zum Lampengäßchen im Zentrum der Innenstadt an.  
Foto: Pieper



fach unter den Tisch fallen läßt. Richtig ist es, auf die Gefahren hinzuweisen, wenn sich Rechte der pazifistischen und antiimperialistischen Opposition als falsche Freunde andienen, eine Gleichsetzung von links und rechts ist jedoch nicht nur faktisch falsch, sondern nützt darüberhinaus einer Rechtfertigung des großdeutschen Engagements im Nahen Osten. Kurzfristig und scheinbar begeben sich die Rechten in eine Opposition zur herrschenden Politik, was die "westliche Bündnissolidarität" anlangt. Real jedoch ist absehbar, daß der deutsche Imperialismus seine Interessen in Bezug auf eine "Nachkriegsordnung" vehement und ständig geltend macht. Gute Karten hat die Bundesregierung gerade dadurch, daß sie sich bei der militärischen Eroberung des Irak die Finger nicht schmutzig gemacht hat und doch immer feste dabei war. Der Golfkrieg und die militärische und finanzielle Beteiligung der BRD ist ein bedeutender Einstieg für die neue politische Funktionsfähigkeit als deutsche Großmacht.

### Gleichklang von rechts und links ?

Hier irren also die Rechten wie so in ziemlich allen Fragen. Mehr als nach der Wiedervereinigung ist deutsche Ökonomie und Politik nach dem Krieg international einflußreich. Verfassungsänderungen in Richtung Ausdehnung des Verteidigungsbegriffs werden nicht lan-



GROSSDEMONSTRATION in der Bundeshauptstadt: Rund 200 000 Menschen nahmen teil.dpa-Bild

ge auf sich warten lassen. Eine Normverschiebung in der Gesellschaft, wonach Kriege eben doch wieder notwendig und unterstützenswert sind, hat bereits stattgefunden. Daß eine solche Normverschiebung letztendlich gerade rechtsextremen und nationalistischen Bestrebungen nützt, ist abseh-

bar. Und der besonderen Verantwortung gegenüber den Opfern des deutschen Faschismus soll nach Bonner Willen durch neue Kriegssteuern für die Bildung deutscher Eingreiftruppen auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Rechnung getragen werden.  
(Bernhard Strassdeit, SOZ Nr. 5/91)





# ANTIRASSISTISCHE WOCHEN

## IN HERNE

Im Januar und Februar fanden in Herne Aktionswochen "Gegen den Rassismus" statt. Auf Wochenendseminaren, Kultur- und Informationsveranstaltungen wurde der aktuelle Rassismus in Deutschland und seine Ursachen unter die Lupe genommen.

Unter anderen fand am 4.2. im Herner KULTURZENTRUM eine gemeinsame Veranstaltung der VVN-BdA und des "Informationszentrums 3. Welt" zum Thema "ROMA UND CINTI" statt.

Die beiden Referate, die auf der Veranstaltung gehalten wurden, werden im folgenden (in Auszügen) dokumentiert. Zuerst sprach der Historiker M. ZIMMERMANN über die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland:

Sprachvergleiche zeigen, daß Roma und Sinti aus **Indien** stammen. Von dort wanderten sie in kleineren Gruppen zwischen dem 5. und 13. Jahrhundert nach Kleinasien, Nordafrika und Europa. Die Ursachen lagen nicht in einem angeborenen "Wandertrieb", sondern darin, daß **Not. Kriege und Verfolgung** sie zur Migration zwangen.

Zum Beispiel auf dem Balkan waren Zigeuner aber auch über Jahrhunderte seßhaft.

Es existieren zahlreiche **unterschiedliche Gruppen** von Roma und Sinti. Infolge der verschiedenen Wanderwege und auf Grund der Einbindung in ganz unterschiedliche Gesellschaften und Nationen war und ist das Spektrum ihrer Kulturen breit gefächert. Meist setzen sie sich aber durch besondere kulturelle Regeln sowie durch ihre Sprache, das **Romanes**, das einen gemeinsamen indischen Sanskrit-Kern besitzt, von der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft ab. Die gesprochenen Romanes-Dialekte unterscheiden sich allerdings erheblich, da sie Lehnworte aus je verschiedenen Sprachen aufgenommen haben. So können polnische Rom, spanische Gitanos und deutsche Sinti einander kaum oder gar nicht verstehen.

Die **Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma** hat in den 1980er Jahren als Sammelbezeichnung

für alle Zigeunergruppen "**Sinti und Roma**" vorgeschlagen. Diese Benennung hat sich im deutschen Sprachraum weitgehend durchgesetzt. Bei den Sinti handelt es sich um die größte einzelne im deutschen Sprachraum lebende Zigeunergruppe; ihre Anwesenheit in diesem Land ist seit etwa 600 Jahren nachgewiesen. Als Roma bezeichnet man speziell in Deutschland und Österreich die aus Ost- und Südosteuropa stammenden Zigeunergruppen. Außerhalb des deutschen Sprachraums gilt "Roma" als Sammelbegriff für alle Zigeunergruppen einschließlich der Sinti.

Die Herkunft des Namens "Zigeuner", mit dem die nichtzigeunerische Mehrheitsgesellschaft die Sinti und Roma zu bezeichnen pflegte, ist nicht genau geklärt. Aus sprachwissenschaftlichen Befunden läßt sich allerdings schließen, daß eine große Gruppe von Zigeunern im Zuge der Wanderbewegungen, die durch die arabische Eroberung Mittelasiens und Nordindiens ausgelöst wurden, in die Sphäre des byzantinischen Reiches gelangte. Der Name "Zigeuner" leitet sich vermutlich vom griechischen Wort "athinganoi" ("die Unberührbaren") her. Eine



weitere mögliche Erklärung des Namens "Zigeuner" liegt im altpersischen "asinkar". Es bedeutet wörtlich "Eisenarbeiter" und mag auf die Roma bezogen sein, da diese vielfach als Schmiede tätig gewesen sein sollen.

Aus "athinganoi" oder "asinkar" wurden wahrscheinlich die Begriffe "Atsiganos" im Griechischen, "Acigan" im Bulgarischen, "Cygan" im Polnischen, "Cykan" im Russischen, "Cigano" im Portugiesischen, "Tsigane" im Französischen, "Tschinghiane" im Türkischen und eben auch die im deutschen Sprachraum übliche Sammelbezeichnung "Zigeuner" abgeleitet. Von deutschen Sinti und auch manchen Roma-Gruppen wird das Wort "Zigeuner" meist abgelehnt, da es sich um eine Fremdbezeichnung handelt, die zudem oft abfällig und diskriminierend verwandt wird.

### Staatliche Zigeunerpolitik

1399 werden Zigeuner in einer böhmischen Quelle erwähnt. Im Bereich des jetzigen Deutschland werden sie - es handelt sich wahrscheinlich um Sinti - erstmals 1407 in einem **"Urkundenbuch der Stadt Hildesheim"** erwähnt. Roma zogen vereinzelt im 18. Jahrhundert und in größerer Zahl seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Südosteuropa in das Deutsche Reich.

Zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert grenzte die Ständegesellschaft Randexistenzen wie die Zigeuner und andere Vaganten durch Vertreibung, das Auseinanderreißen der Familien, Arbeitshaus, Folter und Hinrichtungen aus. Als Reaktion auf die Verfolgung bildeten sich vielfach Vagantengruppen, an denen sich vor allem desertierte, beurlaubte und entlassene Soldaten, unter ihnen auch Sinti, beteiligten. Zahlreiche Sinti gingen allerdings schon damals in der nichtzigeunerischen Mehrheitsbevölkerung auf.

Im Spätabsolutismus kamen Versuche auf, die Zigeuner den Normen der Erwerbsgesellschaft anzupassen und sie - teils unter Zwang - seßhaft zu machen. Die Zwangsansiedlung scheiterte meist an der ungeduldigen Durchführung und an der Eigenständigkeit der Betroffenen.

Seit dem 19. Jahrhundert wurden zunehmend Eigenschaften auf Sinti und Roma projiziert, die in der durch Erwerbsarbeit und Disziplinierung geprägten bürgerlichen Gesellschaft an den Rand gedrängt wurden. Sinti und Roma wurden auf Klischees wie die sexuell verführerische Zigeunerin, den genialischen Zigeunergeiger, die hexengleiche Wahrsagerin und den räuberisch vagabundierenden Zigeuner reduziert. Einerseits galten sie als "edle Wilde", andererseits als kulturlose Primitive und "Lumpenproletarier".

In diesen Stereotypen waren gleichermaßen Ausbruchssehnsucht und Angst vor dem Fremden aufgehoben.

Sowohl im deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik als auch in den ersten Jahren der NS-Herrschaft galt die **"Bekämpfung der Zigeunerplage"** nahezu ausschließlich als Aufgabe der Polizei. Vereinzelt kirchliche, schulische und von Fürsorgeeinrichtungen getragene Versuche, Sinti durch die Kombination von Hilfe und Disziplinierung zu assimilieren, schlugen dagegen kaum zu Buche.(...)



In der Weimarer Republik zeichneten sich (...) erste Tendenzen zu einer reichsweiten Koordinierung der polizeilichen "Zigeunerbekämpfung" ab. 1926 brachte die Deutsche Kriminalpolizeiliche Kommission eine **"Vereinbarung der deutschen Länder**



über die Bekämpfung der Zigeunerplage" auf den Weg, die jedoch 1929 noch einmal überarbeitet und erst 1933 vollends in Kraft gesetzt wurde. (...)

### NS-Zigeunerverfolgung

In den ersten Jahren der NS-Herrschaft wurden zunächst jene Formen der Zigeuner-Diskriminierung fortgeführt und radikalisiert, die schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik üblich gewesen waren. (...)

Weitere Unterdrückungsmaßnahmen folgten aus der besonderen Dynamik des NS-Systems. So war "Zigeunern" seit 1936 auf der Basis des "Blutschutz"- und des "Erbgesundheitsgesetzes" entweder als "Artfremden" oder als "Gemeinschaftsfremden" eine Eheschließung mit "Deutschblütigen" verboten worden. Dadurch wurde das herkömmliche

zweifache Feindbild, das die Zigeuner als beunruhigende Fremde sowie als vorgeblich arbeitsscheue Schmarotzer stigmatisierte, aufgegriffen und auf das Raster des NS-Rassismus bezogen, der nach 1933 in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften eine entscheidende Rolle innehatte. Dieser Rassismus ordnete die Individuen verschiedenen "Rassen" zu, unterschied daraufhin "höherwertige" und "minderwertige Rassen" und zielte schließlich auf eine biologische "Lösung" gesellschaftlicher Probleme und Widersprüche.

Im Gefolge einer "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" wurden 1938 zudem zahlreiche Sinti in die KZs Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen deportiert. Für einzelne Regionen wie die Pfalz erwog man von NS-Seite sogar, alle dort lebenden Sinti und Roma zu internieren. 1938/39 wurde zudem ein kriminalpolizeilicher Apparat aufgebaut, der eigens der "Zigeunerbekämpfung" diene und diese im-

### ANZEIGE



## „Bücherladen“

unsere Themen von  
A-Z:

Ausländer  
Biologisches Bauen  
Chemie in Lebensmitteln  
Dritte Welt  
Entwicklungspolitik  
Faschismus  
Geschichte  
Heilkräuter  
Indianer  
Kriegsgefahr  
Liebe  
Medien

Neonazismus  
Ökologie  
Politik  
Reisen  
Sanfte Energien  
Trampen  
Umweltschutz  
Vollwerternährung  
Waldsterben  
Yoga  
Zukunft

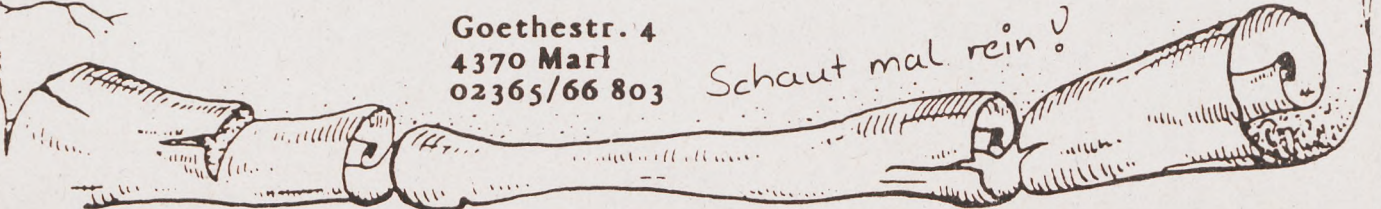
... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4  
4370 Marl  
02365/66 803

Schaut mal rein!





mens effektivierte. Ein **Erlaß Himmlers**, des Reichsführers der SS und Chefs der deutschen Polizei, vom 8.12.1938 verlangte eine **"Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus"**.

Die Erfassung und rassistische Einordnung der Sinti und Roma oblag der 1936 gegründeten **"Rassehygienischen Forschungsstelle"** beim Reichsgesundheitsamt unter der Leitung des Nervenarztes **Dr. Robert Ritter**. Ritters Institut nahm seine anthropometrischen und genealogischen Untersuchungen an Sinti und Roma im Frühjahr 1937 auf. "Fliegende Arbeitsgruppen" von "sprachkundigen sowie genealogisch und rassenbiologisch besonders geschulten Sachbearbeitern" reisten durch das Deutsche Reich, um die Sinti und Roma aufzusuchen und zu "verhören". Sinti und Roma, die sich mißtrauisch zeigten, wurden nicht selten geschlagen und hatten mit polizeilichen Schikanen zu rechnen.

Innerhalb der Ritterschen Forschungsstelle beschäftigten sich **Ritter, Adolf Würth** (bis 1940) und **Eva Justin** mit den Sinti, **Sophie Ehrhardt** (bis 1942) mit den ostpreußischen Sinti, **Ruth Kellermann** mit der kleinen Gruppe der Lalleri sowie **Karl Morawek** und nach dessen Tod Eva Justin mit den Roma. (...)

Kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen 1939 ordnete das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) an, daß **"Zigeuner und Zigeunermischlinge"** ihren Aufenthalts- bzw. Wohnort nicht mehr verlassen dürften. Diese Festsetzung ging mit Berufsverboten und der sozialen Isolation in "Zigeunersammel-lagern" einher. (...)

Am 13. März 1942 verfügte der Reichsarbeitsminister, daß die sozialrechtlichen Sonderbestimmungen für Juden fortan auch für Sinti und Roma gelten sollten. (...)

Im Mai 1940 wurden 2500 Sinti in das deutsch besetzte Polen deportiert. Dort gelang es nur einigen wenigen, sich als Musiker oder Artisten durchzuschlagen. Andere fanden unter den schwierigen Bedingungen des besetzten Landes kaum eine Überlebenschmöglichkeit, starben vielfach an Hunger, Kälte oder Seuchen oder suchten illegal in das Deutsche Reich zurückzukehren. (...)

Im Dezember 1941 wurden etwa 5000

Zigeuner vor allem aus Österreich und Deutschland im Ghetto Lodz konzentriert und - soweit sie nicht den dortigen "Lebens"umständen erlagen - in **Kulmhof in Gaswagen** erstickt.

Die physische Vernichtung der Roma und Sinti setzte mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion ein. Zigeuner zählten neben Juden, Funktionären der KPdSU, Partisanen, ver-



meintlich Geisteskranken und "Asiatisch-Minderwertigen" sowie neben "unerwünschten Elementen" insgesamt zu den Opfern der SS-Einsatzgruppen. (...)

Das Reichssicherheitshauptamt verfügte schließlich auf einen Befehl Himmlers vom **16. Dezember 1942** für den März 1943 die Konzentration **"zigeunerischer Personen"** in **Auschwitz-Birkenau**. Das dortige "Zigeunerfamilienlager" existierte 17 Monate. Von den etwa 23000 dort Zusammengepferchten aus über zehn europäischen Ländern, unter ihnen 10737 Menschen aus dem Deutschen Reich und 2343 aus dem zur "Ostmark" erklärten Österreich, wurden 20078 ermordet. (...)

**Die Gesamtzahl der im Rahmen des NS-Genocids ermordeten Zigeuner wird zwischen 220000 und 500000 geschätzt.**



## Die Nachkriegszeit

In den ersten Nachkriegsjahren war das Handeln der Überlebenden weithin von dem Bestreben geleitet, die gebliebenen Familienbindungen wiederherzustellen, soweit dies nach der Massenvernichtung und auch angesichts der traumatischen, die sozialen Bindungen und das Selbstwertgefühl zerstörenden Wirkung der Zwangssterilisationen noch möglich war.

Die zeitliche Nähe zum NS-Regime und die Tatsache, daß neben den Sinti zunächst auch die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft kreuz und quer durch Deutschland unterwegs waren, verhinderte nur kurzzeitig das Wiedereinsetzen der bis 1938/39 herrschenden Zigeunerpolitik, die auf eine Abwehr der dauerhaften Niederlassung von Sinti und Roma gezielt hatte.

Bald suchten die Kommunen nach herkömmlichem Muster durch überhöhte Mieten, ungenügende Ausstattung und plötzliche Auflösung oder gar Zerstörung öffentlicher Zigeunerlagerplätze sowie durch schikanöse Polizeikontrollen auf privaten Plätzen und die Einschränkung von Fürsorgeleistungen Sin-



ti und Roma zu einem Fortgang zu bewegen,(...).

Da eine grundlegende Umstrukturierung der Kriminalpolizei nach 1945 ebenso ausblieb wie deren effektive

Entnazifizierung, konnte es geschehen, daß vormalige "Zigeunerspezialisten" mit den Sinti und Roma befaßt blieben und ihnen bei Entschädigungsverfahren sogar als Zeugen oder Experten präsentiert wurden.

Wie schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik übernahm Bayern auch in der Bundesrepublik die Vorreiterrolle bei der Sondergesetzgebung gegen Sinti und Roma, indem es 1953 eine "**Landfahrerordnung**" verabschiedete, die erst 1970 wegen faktischer Grundgesetzwidrigkeit zurückgezogen wurde. Allerdings führt die bayrische Polizei noch heute eine **Sondererfassung von Sinti und Roma** durch, wobei mit einer von der Staatsangehörigkeit gesonderten "Volkszugehörigkeit" der Zigeuner argumentiert wird, was angesichts der Erfahrungen mit der deutschen Geschichte nicht wenig bedenklich erscheint.(...)

Seit den siebziger Jahren läßt es ein wachsendes gesellschaftliches Interesse an Geschichte und gegenwärtiger Situation der Sinti und Roma als gerechtfertigt erscheinen, von einem neuen Problembewußtsein zu sprechen.(...)

Tiefgreifende und dauerhaftere Impulse löste indessen die Gründung einer eigenständigen Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma Ende der siebziger/ Anfang der achtziger Jahre aus. Diese Bürgerrechtsbewegung sieht es als zentrale Aufgabe an, einer Verdrängung der Vernichtungspolitik des NS-Regimes gegen Sinti und Roma entgegenzuwirken. Sie betont vor diesem Hintergrund die besondere Verantwortung der Bundesrepublik für eine angemessene Entschädigung und für die Beendigung diskriminierender Praktiken.

Inzwischen existieren weitere Bürgerrechtsbewegungen der Roma und Sinti in der Bundesrepublik Deutschland, etwa die Rom und Cinti Union in Hamburg, die stärker die Interessen und Bedürfnisse der in diesem Land lebenden oder Asyl und Aufenthalt suchenden Roma akzentuieren.(...)





# DIE LAGE DER ROMA IN NRW -

## STAND DER DINGE

Auf der Herner Veranstaltung waren neben dem Historiker M. Zimmermann auch zwei Vertreter der Rom und Cinti - Union NRW anwesend, Susanne Till und Karl-Heinz Kamps.

Kamps berichtete über die augenblickliche Lage der Roma in NRW:

Wir vertreten den Landesverband NRW der **Roma und Cinti Union** mit Sitz in Moers, arbeiten seit April 1990. Zusätzlich gibt es den Bundesverband der Roma und Cinti Union mit Sitz in Hamburg, der seit ca. zwölf Jahren Bürgerrechtsarbeit betreibt, hat auch vor zwölf Jahren schon Roma und Cinti Union geheißen, hat sich, historisch gesehen, mit der Person von **Rudko Kawczinski, dem Bundesvorsitzenden, damals getrennt vom Zentralrat deutscher Cinti und Roma, Romani Rose**, es hat da interne Differenzen gegeben. Heute legen wir keinen Wert darauf, uns öffentlich mit dem Zentralrat zu streiten, was ja angesichts der "Macht", die eine solche Bürgerrechtsbewegung in diesem Staat darstellt, auch sehr dumm wäre.

Es muß einfach festgehalten werden: Der Verband heißt "Zentralrat deutscher Cinti und Roma" und kümmert sich damit im wesentlichen auch um die Geschicke der deutschen Cinti und Roma. Die **Roma und Cinti Union** erhebt als Interessenverband den Anspruch, die **europäischen Cinti und Roma**, die hauptsächlich hier in Deutschland sind, zu vertreten, mit ihnen zusammen zu erreichen, daß der Großteil dieser Menschen hierbleiben kann.

Ein kurzer Abriß der bisherigen Entwicklung:

Wie Sie vielleicht wissen, hat es Anfang 1990 einen **Bettelmarsch** gegeben durch Nordrhein-Westfalen, oder ich fange vielleicht noch etwas eher an:

Es hat Ende 1989 die **Besetzung des KZs Neuengamme** in der Nähe von Hamburg gegeben. Die Besetzung des KZs war der Anfang einer bleiberechtlichen Regelung für Roma im Stadtstaat Hamburg, dann hat es den Bettelmarsch durch Nordrhein-Westfalen gegeben der Roma, daraus hat sich ergeben ein Verfahren, nämlich Anträge auf Aufenthaltserlaubnis nach Erlaß des Innenministers vom 1.2.1990. Dieses Antragsverfahren ist von den Roma selber durchgeführt worden, seinerzeit für 1 200 in Essen. Danach wurde eine Frist gegeben, um diese Anträge zu machen, bis zum 1.4.1990. Diese Anträge sollten dann mit einem Kriterienkatalog durch die Ausländerbehörden überprüft werden. Es hat immer wieder Verhandlungen gegeben um diesen Kriterienkatalog. Der Kriterienkatalog ist in Form des Erlasses nie zustande gekommen, d.h., die Behörden bekamen nie die Möglichkeit, diese Anträge auf Aufenthaltserlaubnis zu überprüfen, bis dann am 4.12.1990 dieses Verfahren schlicht und einfach für nichtig erklärt worden ist durch einen Erlaß, wiederum des Innenministers. Das hängt damit zusammen, daß die Landesregierung NRW ein neues Schlagwort hatte, und das hieß "Neue Flüchtlingspolitik", nämlich Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, was als Denkansatz auch von uns unterstützt wird. Sie haben nun ausgerechnet die Gruppe genommen, in Form eines so-



nannten Reintegrationsprogrammes, die seinerzeit die Anträge auf Aufenthaltserlaubnis gemacht hatte, de facto staatenlose, heimatlose Roma, die in ihren Anträgen angaben und auch nachweisen konnten, daß sie seit mehr als zehn Jahren in Europa umherziehen, weil sie nirgendwo bleiben dürfen. Der Begriff "de facto staatenlos" ist keine Erfindung von uns, sondern eine Kennzeichnung des deutschen Städtetages, der übernommen worden ist vom Innenministerium selber.



Ja - Reintegration - es haben seinerzeit fünf bis fünfeinhalbtausend Menschen den Antrag auf Aufenthaltserlaubnis gestellt, davon sind jetzt noch 3500 Menschen in unserem Land, die anderen sind entweder gegen jegliches Gesetz abgeschoben worden oder haben das Land verlassen, weil sie dem ständigen Druck und der Angst nicht mehr standgehalten haben. Diese 3500 sollen jetzt nach Jugoslawien **re-integriert** werden, also eine Gruppe, die beschrieben worden ist mit "de facto staatenlos" soll nach Jugoslawien "reintegriert" werden. Das "Ziel" Jugoslawien kommt zustande, weil diese Menschen in behördlichem Sprachgebrauch "jugoslawische Asylanten" sind, die seinerzeit auch tatsächlich hier in die Bundesrepublik gekommen sind und hier Asylantrag gestellt haben, Asylantrag auf Anerkennung als politischer Asylant, was zu keiner Zeit möglich war, da eine kollektive politische Verfolgung von Roma in Jugoslawien auch nicht nachzuweisen ist, so sagen eben die Behörden, und un-

ser politisches Asylrecht eben sehr eng ist.

Sie haben also damals Asylanträge gemacht, ganz am Anfang hatten sie angegeben, daß sie Papiere haben, die sie als Jugoslawen kennzeichnen. Dazu muß man wissen, daß es kein großes Problem ist, sich auf sehr offiziellem Weg mit entsprechenden Finanzmitteln Papiere zu beschaffen, wir haben es jetzt zuletzt noch mal versucht zu beweisen, indem wir dem Johannes Rau auch eine Geburtsurkunde in Jugoslawien beschafft haben, durch gewisses Geld also eine offizielle Urkunde. Ich weiß nicht, wie es momentan ist, aber vor zwei bis drei Monaten war es noch kein Problem, für entsprechendes Geld einen jugoslawischen Paß zu besorgen, offiziell von der Botschaft. Das tun Roma deswegen, weil sie, um das mal zu erklären, weil sie genau wissen, daß man ohne Papiere in dieser Welt nicht vorhanden ist. Sie müssen sich selber mal vorstellen, wenn Sie heute ins Auto steigen und nach Frankreich fahren und haben **keinerlei Papiere**, es kommt eine Polizeikontrolle, sie wird sie sofort zur Überprüfung ihrer Identität mitnehmen - also müssen Sie Papiere haben.

Das hat also dazu geführt, daß sie "jugoslawische Asylanten" sind - und die sollen jetzt reintegriert werden nach **Skopje**. Warum Skopje?

Man hat gesagt, wir fangen mal mit der Teilrepublik Makedonien an, es hat Verhandlungen gegeben mit der Bundesregierung Jugoslawiens und der Teilrepublik Makedonien, einmal in Makedonien selber, zweite Verhandlungsrunde in Düsseldorf bei der Landesregierung. Dort waren wir als Roma und Cinti Union als "Stiller Beobachter" zugelassen, mit einem Rechtsanwalt.

Darauf hat man dann ein Protokoll verfertigt, die Verhandlungsdelegationen der Bundesregierung Jugoslawiens und der Teilrepublik Makedoniens nach Hause geschickt mit der Maßgabe, die Protokolle absegnen zu lassen, um dann zu einer vertraglichen Vereinbarung zu kommen. Dann hat man einen Erlaß herausgegeben, nach dem der Personenkreis der 3 500, die jetzt noch hier sind und die irgendwann mal angegeben haben: Skopje, in irgendwelchen Anträgen, die sie gemacht haben, von den Ausländerbehörden angeschrieben werden müssen, und dort haben sie sich zu



erklären, auf "freiwilliger" Basis, ob sie an einem "Re-Integrationsprogramm" teilnehmen oder nicht. Freiwillig heißt dabei, entweder ich sage "Ja", dann krieg ich noch ein paar Monate Duldung, und wenn ich mich gar nicht äußere oder "Nein" sage, dann werde ich mit ausländerrechtlichen Maßnahmen behandelt, das heißt also, welches Papier ich auch gerade in der Tasche habe, Aufenthaltsgestattung oder jetzt Aufenthaltbefugnis oder Duldung, dann werde ich abgeschoben. Das war die "Freiwilligkeit".

Interessant bei der ganzen Sache ist, daß bis zum heutigen Tage keinerlei vertragliche Vereinbarung besteht zwischen Makedonien oder Jugoslawien und NRW und das das "handling" der ganzen Sache jetzt übergegangen ist vom Innenministerium in die Staatskanzlei. Minister Clement hat es jetzt in Händen. Und wir von der **Roma und Cinti Union** haben uns überlegt, was wir jetzt machen, und wir sind dann schlicht und einfach hingegangen und

haben für jeden einzelnen Betroffenen ein Schreiben an das jeweilige Ausländeramt geschickt, wo wir uns bedankt haben, aber, "bevor ich mich entscheiden kann", steht dann darin, "hätte ich folgende Fragen:". Und dann gehen die Fragen los:

1. Wo ist denn mein Arbeitsplatz ? Weil - in Skopje Arbeitsplätze geschaffen werden für Roma.
2. Wo sind denn die Arbeitsförderungsmaßnahmen ? Ein Begriff, der in ganz Jugoslawien absolut unbekannt ist.
3. Wo ist denn der Kindergarten? In der zweiten Verhandlungsrunde in Düsseldorf wurde darüber gesprochen, man wolle Kindergärtenplätze finanzieren in Skopje für 125 Kinder. Die Jugoslawen sagten, das fänden sie ganz toll, und dafür möchten sie dann gerne 8,5 Mio. DM haben, da haben die Verhandlungsführer ihr Angebot erschreckt zurückgezogen.
4. Was sind das für Erzieherinnen, die in dem Kindergarten arbeiten. Es wurde in diesen Verhandlungen darüber gespro-

## Anzeige



Kriegssteuer ?  
OHNE MICH !!

- Umsatzsteuer
- Einkommenssteuer
- Lohnsteuer
- Hundesteuer
- KFZ-Steuer

Kriegssteuerboykott

**DRUCKWERK**  
Offsetdruck • Reprografie

Penningskamp 12a  
4600 Dortmund 30  
Telefon (0231) 43 18 21





chen, daß Erzieherinnen ausgebildet werden sollten hier in NRW für den Kindergarten, und man hat den Zeitraum festgelegt, in welcher Zeitspanne sie hier ausgebildet werden sollten, um dort arbeiten zu können, dieser Zeitraum betrug vierzehn Tage - das ist alles schriftlich festgehalten - . Dann ist darüber gesprochen worden, daß es sogenannte **Koordinierungsbüros** ge-



ben sollte, in Skopje, diese sollten dazu dienen, daß, wenn Roma aus NRW dorthin kommen, sie dort in Empfang genommen werden, ihnen die Arbeitsplätze gezeigt werden, etc. An dem Punkt hat die Landesregierung NRW gefordert, daß in diesen Büros mindestens ein Roma sitzen müßte. Da hat man von jugoslawischer Seite aufgehört, diplomatisch zu sprechen und klipp und klar gesagt, das kommt überhaupt nicht in Frage. Das gäbe "Statusprobleme". Statusprobleme heißt in diesem Fall: Ein jugoslawischer Behördenvertreter setzt sich nicht an einen Tisch mit einem Roma. Dann kam die nächste Frage:

5. Welche Schule soll denn da sein?
6. Welche Erkenntnisse liegen denn über die momentane Situation dort in Skopje vor ? Und dann kam die Frage aller Fragen:
7. Auf welcher vertraglichen Grundlage basiert das alles?

Und dann haben wir reingeschrieben, da eine Erklärungsfrist genannt worden war, bis zu welchem Zeitpunkt sich die Roma erklären sollten, nämlich bis zum 31. Januar, daß wir ebenfalls Antwort

haben möchten bis zum 31.1.

Dieses Schreiben hat für sehr viel Wirbel gesorgt, und dazu geführt, daß wir eingeladen wurden zu einer Verhandlungsrunde in der Staatskanzlei. Das ganze hat drei Stunden gedauert, wobei ganz deutlich zum Ausdruck kam, welche Schwierigkeiten sie haben: Es wird auch auf absehbare Zeit kein Vertrag zustandekommen mit Jugoslawien.

Wir sind dann mit einer Delegation in **Sutka** gewesen, das Elendslager der Roma, man spricht von 30 bis 40 000 Roma, die dort leben, mit dem evangelischen Kirchenrat Gutheil. Die Roma und Cinti Union hat eine sehr spezielle Verbindung zur evangelischen Kirche in NRW, wir sind dort Treuhänder, das heißt, wir haben deren Buchhaltungskontrolle auf dem Hals. Ganz abgesehen davon stehen sie aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Sache der Roma.

Sie sind dort gewesen und haben sich angeschaut, wie es dort aussieht, und sind total erschüttert zurückgekommen. Keine Kanalisation, die Leute leben, wenn es ihnen gut geht, in Baracken, die 1963 von den Amerikanern aufgestellt wurden, nach dem großen Erdbeben dort, die Fäkalien laufen dort die Straße runter, es gibt keine Wasserversorgung, bis auf diesen oder jenen Brunnen, es gibt insgesamt fünf Ärzte für die gesamten Menschen dort, keine Versorgung in Krankenhäusern.

Wir haben dort einen kurzen Film gedreht, eine Kopie davon liegt jetzt auch bei Minister Clement, wir haben ihn in der Staatskanzlei vorgeführt. Alles in allem ist dort eine Situation, die man sich hier kaum vorstellen kann.

Und daneben - wirklich daneben - will man jetzt also Wohnraum schaffen für 1400 Menschen, die von hier kommen sollen, wobei die Jugoslawen sofort gefordert haben, erstens dürfen sie nicht alle kommen, sondern in Gruppen von 100-150, zweitens müßten sie vorher eine lückenlose Liste haben der Personaldaten, das heißt also die totale Erfassung.

Dann ist jetzt der **neue Erlaß** gekommen, und dieser berücksichtigt dieses Schreiben. Man hat dann gesagt, diejenigen, die sich in dieser Hinsicht geäußert haben, bekommen jetzt erst einmal wieder zwei Monate Duldung.



Als Landesverband haben wir, auf Bitten des Ministers, gesagt, wir sind weiter gesprächsbereit. Wir werden sehen, wie sich das weiter entwickelt. Klar ist, daß kein einziger Roma geht, wenn er voll darüber Bescheid weiß, wie es dort aussieht.

In der Staatskanzlei verstieg man sich zu der Bemerkung, sie wollten dafür sorgen, daß dort bessere Verhältnisse herrschten als in NRW. Daraufhin haben wir gesagt, wenn Sie das schaffen, ist unsere Interessenvertretung faktisch nicht mehr notwendig. Die Menschen leben zwar hier auch nicht gerade in Saus und Braus oder geordneten Umständen, aber allemal noch weitaus besser, als es jemals dort unten sein könnte.

Die Delegation, die dort war, hat auch mit leitenden Redakteuren der dortigen Zeitungen gesprochen, und die einhellige Meinung war, wenn hier auch nur ein einziger Container - es sollen nämlich Wohncontainer dort aufgestellt werden - hingestellt wird, explodiert uns hier das Lager endgültig, weil das ein Gegensatz sei, wie ein Interconti in Herne, wenn es sowas gibt, zur Mülldeponie. das wäre der Gegensatz schon von einem Leben im Container zu dem Leben in Sutka.

Das ist momentan so die Ausgangssituation. Die Menschen, die 3 500, die jetzt hier sind, leben teilweise schon seit 4-5 Jahren hier, das liegt u.a. daran, daß die Asylverfahren, zumindest

nach dem alten Ausländergesetz, sich sehr lange hinschleppten, all das soll ja jetzt durch Eilverfahren beschnitten werden.

Die Menschen sagen, wir wollen hierbleiben, wir haben hier sowas gefunden wie unsere Heimat. Und eins muß man bei der ganzen Problematik immer im Auge behalten: Die Roma sind ein Volk ohne Land, und der Ministerpräsident hat auch auf die Frage, wo eigentlich der Unterschied liege in der historischen Verantwortung gegenüber den Roma und Juden, antworten müssen, da gebe es keinen. Dann kam es aber zu einer ganz merkwürdigen Reaktion aus der Staatskanzlei. Es gebe doch einen Unterschied, denn die Juden haben eine Heimat.

Gut, also, Roma haben kein Land, und unsere **Hauptaufgabe** ist es momentan, hier jetzt eine Lösung zu schaffen. Was die Lage noch erschwert, ist folgender Tatbestand: Die Roma hatten ursprünglich Anträge auf Asyl, und dann auf Anregung der Ministers Anträge auf Bleiberecht gestellt, woraufhin sie auf Aufforderung die Asylanträge zurückgezogen haben, also ein wichtiges Rechtsmittel freiwillig aus der Hand gegeben haben, und dann kam die Entscheidung, daß die Anträge auf Bleiberecht allesamt hinfällig seien. Das führt natürlich dazu, daß die Roma sagen:

**Wir sind ganz schön betrogen worden.**

## ANZEIGE



Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*



# blick nach draussen

München, 18.1.91

Am 18. Januar gründete sich in München die "Deutsche Allianz", nach eigenen Angaben, um im Laufe des Jahres eine Sammlungspartei verschiedener faschistischer und rechter Strömungen zu bilden. Dem Vorstand gehören zum Beispiel an:

Jürgen Schützinger (NPD-Landesvorsitzender BaWü), Harald Neubauer (ehem. REP), Peter Dehoust ("Nation Europa"), Franz Glasauer ("Deutsche Rundschau"), Martin Mußnug (kürzlich zurückgetretener NPD-Vorsitzender). Verschiedene Funktionäre von NPD und REPs unterstützen diesen neuen Parteibildungsversuch, ohne daß NPD, DVU und die REPs bislang als Parteien eindeutig dieses Projekt betreiben.

Die NPD fürchtet um das Ausbluten ihrer Partei, besonders der gut organisierte bayrische Landesverband lehnt eine Auflösung zugunsten der "Deutschen Allianz" ab. Der NPD-Bundesausschuss beschloß, an diesem Projekt nur mitzumachen, wenn die REPs und die DVU ebenfalls ihre Kraft dafür einsetzen. Die Rest-REPs um Schönhuber wollen ihre satten Wahlkampfgelder lieber selbst verprassen und halten sich fest an ihrem Apparat.

Nach dem Rücktritt des NPD-Bundesausschusses Martin Mußnug ist die NPD noch mehr in die Krise geraten. Versucht wird gerade eine finanzielle und organisierte "Strukturreform" der Partei. Übergangsvorsitzender bis zum nächsten Parteitag ist Walter Bachmann, der die Zusammenarbeit mit DVU-Frey fortsetzt. Aussichtsreichere Hoffnungsträger für die NPD-Mitgliedschaft sind jedoch der Weinheimer Stadtrat Günter Deckert und der Frankfurter Fraktionsvorsitzende Winfried Kauß.

Beide stehen für eine Öffnung der NPD sowohl gegenüber rechtskonservativen

Kräften wie auch gegenüber kleineren rechtsradikalen und faschistischen Gruppen. Winfried Kauß fordert in "Nation Europa" eine Neuorientierung der Rechten Kräfte, die Streitpunkte ausklammert und Gemeinsamkeiten zur Grundlage macht. Er fordert ein Bündnis zwischen sogenannten Nationalisten und sogenannten Konservativen, deren ganze Spannweite in einer Organisation Platz haben müßte. Als wichtigste Frage für eine gemeinsame Grundlage wurde die "Verknüpfung von Nationalismus und sozialer Frage" im geeinten Deutschland genannt.

Verschiedene Befürworter einer "breiten rechten Allianz" betonen, daß Gruppenegoismen und Geld im Augenblick das Haupthindernis für solch eine Allianz darstellen.

Auch wenn es holpert in der rechten Szene, kann bei einem Interessenaussgleich der verschiedenen Gruppen nicht ausgeschlossen werden, daß nach dem REP-Spuk der vergangenen Jahre eine neue gefährliche Formierung ins Haus steht.

Anhängerpotential und gesellschaftliches Klima wären leider vorhanden. (B.S., SOZ 5/91)



Kiel, 30.1.91

Etwa 120 Menschen besuchten am 30.1.91 das Forum "Rechtsextremismus und Gewalttendenzen in der Kieler Jugendszene" im Ratssaal des Kieler Rathauses. Die Diskussion über die gleichnamige Studie von Rüdiger Wurr und Fabian Virchow kam über erste Ansätze



nicht hinaus. Als Ergebnis bleibt allerdings die Einbeziehung einer beachtlichen Zahl von Menschen in die gemeinsame Diskussion um Möglichkeiten, dem Problem faschistisch motivierter Gewalttaten und faschistischer Umtriebe anderer Art zu begegnen. Die antifaschistische Arbeitsgruppe aus Vertretern der Stadt, des Antifaschistischen Forums und anderen Betroffenen soll bestehen bleiben.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die vor allem von Prof. Wurr vorgeschlagenen sozialpädagogischen Maßnahmen. Aus meiner Sicht wurden dabei auch die Grenzen der "reinen Pädagogik" sehr deutlich; die notwendig dazugehörigen politischen Maßnahmen wurden allerdings gar nicht diskutiert, sondern nur von einigen Teilnehmern auf dem Podium "in die Diskussion geworfen". Ausgangspunkt aller Forderungen müßte doch wohl der Wille zum Schutz der von den Nazis in den Mittelpunkt ihrer Verfolgung gestellten Menschen sein.

Erst davon ausgehend kann dann auch der "Kampf um die Köpfe" z.B. derjenigen denkenden Jugendlichen geführt werden, die mit ihrer Beteiligung an der Ausländerhetze usw. ihren eigenen Interessen zumindest längerfristig entgegenhandeln. Politische Maßnahmen wie die rechtliche Gleichstellung aller hier lebenden Menschen, Verbot der Nazi-Organisationen und ihrer Propaganda, Bloßstellung der Nutznießer faschistischer Umtriebe, Verfolgung und Bestrafung z.B. der Parole "Türken raus" als Volksverhetzung konnten aber nur kurz angerissen werden an diesem Abend.

Besonders dreist wieder einmal die Polizei, diesmal in Gestalt von Polizeiobererrat Werner Tack und Kriminalhauptkommissar Karl Engelmann. Sie betonten, gegen "Rechts- und Linksextremisten" gleichgewichtig vorgehen zu wollen. Die Parole "Türken raus" auf einer Hauswand sei ebenso Sachbeschädigung wie z.B. eine Friedenstaube. Viele Gewalttaten seien überhaupt nicht politisch motiviert, sondern entspränge nur dem Wunsch nach Randalen; Parolen wie "Deutschland den Deutschen" usw. würden nur ihrer provozierenden Wirkung willen benutzt. Man dürfe nicht "überreagieren"; nicht poli-

tische Maßnahmen, sondern Polizeipräsenz sei gefordert.

Mit dieser Argumentation nahmen die beiden Hüter der bürgerlichen Ordnung auch zu den Berichten über die Gewalttaten von Skinheads gegen Sinti in Kronsburg Stellung. Dabei haben diese inzwischen dazu geführt, daß die betroffenen Familien ihre Wohnungen verlassen haben. Aus Sicht der Nazis sicher eine erfolgreiche Vertreibung. Erinnerungen werden wach an den 20.4.1989, als auf Gewaltdrohungen von Nazigruppen hier zahlreiche ausländische Familien ihre Kinder nicht in die Schulen gehen ließen. Die deutsche Lehrerschaft reagierte beschämend hilflos. Pädagogik, die daraus bis heute nichts gelernt hat, zeigt ihr völliges Versagen. Die damals wie heute erhobenen Behauptungen der Polizei, sie habe alles im Griff, ist eine Verhöhnung aller, die faschistischer Gewalt ausgesetzt sind.

Möglichkeiten, auf die Kronsburger Ereignisse zu reagieren, werden von Mitgliedern des Antifaschistischen Forums in Abstimmung mit den Betroffenen zur Zeit geprüft.

(aus: Lokalberichte Kiel, D.L.)



### Walsrode, 1.3.91

Nazi-Skins hatten sich angekündigt, am Wochenende die Punks in der Obdachlosenunterkunft anzugreifen. Zahlen von 60 bis 200 Skins waren im Umlauf. Auch ohne Zeitungsinformation verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer im Landkreis. Eltern verboten ihren Kindern, zu Kino oder Disco nach Walsrode zu fahren. Das Personal des Jugendzentrums wollte am Samstag ausnahmsweise schließen. Das städtische Ordnungsrat riet den Punks, sich am Wochenende nicht im Obdach aufzuhalten. Die Antifaschistische Initiative traute den Gerüchten um die große Zahl nicht, diskutierte aber, Stadt und Polizei aufzufordern, Maßnahmen für die Sicherheit der Punks, der Mahnwache gegen den Krieg und bestimmter Treffpunkte



zu ergreifen. Sollte sich die große Zahl der angekündigten Skins bestätigen, bedeutete Selbstschutz, harte Prügel von den militärisch besser gerüsteten Skins einzustecken. Und das würde dann auch noch eine Verunglimpfung der AntifaschistInnen und Kriegsgegner, nach dem Motto "Linke und Rechte schlügen sich", nach sich ziehen. Wäre die Zahl der Skins kleiner, dann sollte demonstriert werden.

Einzelne Antifaschisten forderten auf jeden Fall zur Kundgebung für Samstag in der Stadt auf. Am Vorabend des erwarteten Skinauflaufs trafen sich fast 60 Leute bei der Golf-Initiative. Maßnahmen gegen das Skintreffen wurden diskutiert. Die Punks forderten zur Verteidigung ihrer (städtischen) Obdachlosenunterkunft auf. Die Vertreter der Antifa setzten sich durch, Schutz von Stadt und Polizei zu fordern und bei der Stadt die Öffnung des Jugendzentrums als Schutzraum zu verlangen. Der Versuch, die Grünen Ratsherren zur Unterstützung zu gewinnen, mißlang aus verschiedenen Gründen. Die Versammelten einigten sich darauf, zur Polizei zu gehen. Dort forderten 27 Menschen Auskunft über den erwarteten Skinauflauf, über die Maßnahmen der Polizei, und forderten Schutz für die Punks, die Mahnwache, das Grüne Büro, etc.

Die Aufforderung beeindruckte dort offenbar. Ein Polizeichef wurde vom Feierabend herangeholt. Er wollte mit einzelnen reden, mußte es aber mit allen tun. Er antwortete, vom Skinauflauf wisse er nur von der Mahnwache (?), und ca. 15 Skins seien jedes Wochenende in Walsrode. Die Gegenmaßnahmen müsse man schon der Polizei überlassen, und er bat, eine Spontandemonstration zu unterlassen. Denn die die Demo begleitenden Polizisten würden für den Schutz vor den Skins fehlen. Er appellierte an unsere Einsicht.

Am Samstag unterstützten 70 Leute mit antifaschistischen Forderungen die Mahnwache. Zum Schutz des Obdachs hielten sich dort übers Wochenende ca. 20 Leute auf. Ganze drei Autos mit Skins (z.B. aus Göttingen) wurden gesehen. Die Polizei bemühte sich in Gesprächen mit AntifaschistInnen um ein gutes Klima, indem sie Autofarbe und Typ (Zitat: "nicht die Kennzeichen")

von erwarteten AntifaschistInnen aus Celle und Hannover wissen wollte. Das mißlang der Polizei. Es gelang ihr aber, einzelne zu Gesprächen ins Feuerwehrhaus zu locken. Dort lag auch reichlich Polizei in Bereitschaft.



### Paderborn, 1.2.91

Seitdem die Kneipen "Drosselstübchen" und "Bierfass" als Faschistentreff nicht mehr existieren, treffen sich die Rechtsextremisten in der Nordstr. 6. Diese Wohnung wurde vor zwei Jahren von Michael (FAP-Vorsitzender in Paderborn) und Ulrich Kratz angemietet, auch Thomas Brehl, der derzeitige FAP-Gauleiter, ist postalisch in der Nordstr. gemeldet. Seit ca. 8 Wochen gehen von dort verstärkte Gewaltaktionen aus:

- 15.12.90: Ca. 15 Faschisten singen in der Kneipe "Treibhaus" faschistische Lieder, um ca. 20.30 Uhr verlassen sie das "Treibhaus", um drei Jugendliche zusammenzuschlagen. Einer der drei Jugendlichen wird so stark verletzt, daß er auf die Intensivstation eingeliefert werden muß.

- 25.12.90: Ein "Treibhaus"-Besucher wird auf dem Heimweg mit Tränengas und Schlagstöcken von zwei Skinheads angegriffen.

- 26.12.90: Ein Antifaschist wird mit einer Schußwaffe bedroht

- 30.12.90: Ein iranischer Mitbürger wird vor der Heinrichskirche von drei Faschos mit Eisenstangen und Schlagringen traktiert, zwei Stunden später werden drei Jugendliche nach Verlassen des "Treibhauses" auf der Detmolderstr. von zwölf rechtsradikalen Skinheads verfolgt und mit Tränengas und Baseballschlägern angegriffen.

- 31.12.90: Partygäste einer privaten Silvesterfeier werden von einer Gruppe Rechtsradikaler provoziert und bedroht. In der Berichterstattung der "Neuen Westfälischen" wird von Auseinandersetzungen zwischen zwei "rivalisierenden Jugendbanden" gesprochen. Später werden drei Asylbewerber



aus dem Asylheim in der Nordstr. krankenhausreif geschlagen.

Aufgrund der Gewaltaktionen der Faschisten und der verständlichen Angst der AnwohnerInnen und AsylbewerberInnen fährt die Polizei im Bereich der Nordstr. verstärkt Streife. Diese Aktionen werden massiv von auswärtigen Faschisten aus der Bielefelder Bleichstr. und Pivitsheide/Detmold, sowie Gütersloh, Delbrück und Halle/Westf. unterstützt. Dies sind klare Anzeichen für den Aufbau eines Fascho-Zentrums in Paderborn. Daß die Gewalt nicht nur gegen Flüchtlinge und "Treibhaus"-BesucherInnen gerichtet ist, wird am Morgen des 12.1.91 ersichtlich, als in der Nordstr. die Reifen von AnwohnerInnen aufgeschlitzt wurden.

Ebenso werden am 14.1.91 die Reifen von mehreren am Tegelweg parkenden Autos zerstochen.

Außerdem versuchten am Abend des 12.1. zwölf Neonazis aus der Nordstr. 6 kommend, einen Angriff auf das "Treibhaus" zu starten, dies konnte jedoch von BesucherInnen des "Treibhauses" verhindert werden.

Am 19.1.91 um 0.30 Uhr kam es erneut zu einem Angriff von 14 Faschisten auf das "Treibhaus". Die 14 von der Polizei festgenommenen Faschos, die mit Baseballschlägern und Axtstielen und einer Schreckschußpistole bewaffnet waren, wurden nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder auf freien Fuß gesetzt. AnwohnerInnen planen eine BürgerInnenversammlung. Die Jusos, die SPD, die evangelische Jugend und die katholische St. Heinrichs Pfarrei würden sich beteiligen. Auch die Grünen haben Interesse angekündigt. Ansätze für die "Wiederbelebung" der autonomen Antifa-Arbeit gibt es auf Betreiben, hauptsächlich von "Treibhaus"-BesucherInnen.



#### Ingolstadt, 6.2.91

Der Ingolstädter Stadtrat lehnte in seiner Sitzung am 6.2.91 den Antrag auf Einführung einer Zweckentfremdungs-

verordnung des GAL-Stadtrates Thomas Schröter mit den Stimmen der UW, FDP, CSU und der Republikaner ab.

Der Antrag forderte, Maßnahmen gegen leerstehenden Wohnraum einzuführen, um diesen zu reaktivieren.

In der Diskussion gab Republikaner-Stadtrat Max Wittmann von sich, daß er nie einer Verordnung zustimmen werde, die gegen seine eigene Lobby als Hausbesitzer gerichtet sei. Der GAL-Stadträtin Petra Kleine rief Wittmann zu, daß sie sich nie in einen Sessel zurücklehnen könne mit dem Wissen, ein Haus zu besitzen. Es bleibt zu hoffen, daß nun auch der dümmste REP-Wähler begriffen hat, welche Interessen diese bodenständige, bürgernahe Partei vertritt.



#### Aachen, 16.2.91

Die 14. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW findet - wie bei der Konferenz im September in Detmold angestrebt - am **Samstag, 11.5.91, in Aachen** statt. Das ist das wichtigste Ergebnis des ersten Vorbereitungstreffens, das am 16.2. stattfand. Die Konferenz wird im wesentlichen eine Arbeitskonferenz zur Diskussion und Koordination der antifaschistischen Arbeit in NRW sein. das Thema lautet: **"Nie wieder Krieg! - Antifaschismus gegen die kriegerische Neuordnung der Welt"**. Bisher sind zehn Arbeitsgruppen geplant, die sich vor allem mit dem Golfkrieg befassen. Zur Sprache kommen sollen der Konflikt zwischen "Erster" und "Dritter" Welt, der militärische Einsatz der BRD und die Rolle von Kurdistan und Palästina ebenso wie die Position faschistischer Gruppen. Ein zweites Vorbereitungstreffen findet statt am Samstag, 9.3.91, um 11.00 Uhr im Büro der VVN-BdA, Düsseldorf, Volmerswertherstr. 76.



# BUCHBESPRECHUNG :

## RECHTSEXTREMISMUS IM VEREINTEN DEUTSCHLAND

Im Verlag "LinksDruck"(Berlin) und "Steintor" (Bremen) erschien Ende 1990 in Kooperation das Buch "Rechtsextremismus im vereinten Deutschland", hrsg. von Christopf Butterwegge und Horst Isola.

"Durch die Umwälzungen in der DDR und die Vereinigung mit der BRD haben sich nicht nur neue Chancen eröffnet, Staats- und Systemgrenzen in Europa durch die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu überwinden, sondern es zeichnen sich auch Tendenzen ab, daß Nationalismus, Chauvinismus und Revanchismus neue Nahrung erhalten", so schreiben die Herausgeber in ihrer Vorankündigung.

Das Buch beinhaltet eine breite Palette von Aufsätzen von bekannten Autoren (tatsächlich keine Frau dabei) wie Arno Klönne ("Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit), Michael Schomers ("Die REPUBLIKANER - von innen betrachtet"), Wilhelm Heitmeyer ("Einig Vaterland - einig Rechtsextremismus"), Siegfried Jäger ("Rassismus. Thesen zur Klärung eines umstrittenen Begriffs") und Horst Isola ("Die demokratische Linke und der Rechtsextremismus") und verspricht eine materialreiche Auseinandersetzung mit dem "gesamtdeutschen" Rechtsextremismus.

Weitgehend übereinstimmend analysieren die Autoren, daß mit der "Wiedervereinigung" keineswegs die Gefahr von Rechtsextremismus und Neofaschismus gesunken ist, auch wenn dies nach den Wahlen oberflächlich gesehen so scheinen mag:

H. Isola: "Die jüngsten Wahlergebnisse, bei denen die rechtsextremen Parteien erhebliche Einbußen haben hinnehmen müssen, dürfen nicht zu der Annahme verleiten, der Rechtsradikalismus befände sich in der Bundesrepublik bereits auf dem Sinkflug." Heitmeyer entwickelt seine bekannten Thesen und die daraus folgende Kritik an der (von ihm als "klassische antifaschistische Strategien" bezeichneten) antifaschistischen Arbeit weiter und stellt als alternatives Konzept eine sogenannte "Lebenszusammenhang-Politik" vor:

"Wenn unser Erklärungskonzept zutrifft und die bisher dargestellten Strategien problematisch oder unzureichend sind, dann muß politische Phantasie darauf verwendet werden, wie eine Lebenszusammenhangs-Politik entwickelt werden kann. Hier liegt m.E. das zentrale Defizit der politischen Linken(...)".

Informativ und aufschlußreich der Aufsatz von Peter Ködderitzsch "REPUBLIKANER in der ehemaligen DDR", der die REPs als stärkste neofaschistische Kraft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR analysiert:

"Die "Republikaner" sind die stärkste rechtsextreme Kraft im vereinten Deutschland, obwohl sie in den westlichen Bundesländern zuletzt keine Wahlerfolge mehr erzielten. Deutschnationale und neonazistische Kreise orientieren auf diese Partei, der sie nach wie vor die größten Chancen einräumen, ihre rechtsextremen Ziele zu verwirklichen."

Ein insgesamt empfehlenswertes Buch, das durch einen reichhaltigen "Dokumentarischen Anhang" noch lesenswerter wird.

Zu bestellen bei:

Steintor, Vor dem Steintor 46, 2800 Bremen 1, oder  
LinksDruck, Zehdenicker Str. 1, 0-1054 Berlin.



# ANTIFASCHISTISCHE VEREINIGUNG IN DER KRISE - TEIL II

In der vergangenen Ausgabe der AntifaZ druckten wir eine Stellungnahme der VVN-BdA, Kreisverband Herne, in Auszügen ab. Mit Schreiben vom 11.2.91 teilt uns die Kreisorganisation Recklinghausen der VVN-BdA folgendes mit:

"Auf unserer letzten Kreisvorstandssitzung hat der Kreisvorstand zu dem Artikel "Antifaschistische Vereinigung in der Krise" in der "AntifaZ", Heft 27, Stellung genommen.

Der Brief einiger VVN-BdA-Kameraden aus Herne ist eine sehr einseitig dargelegte Meinung.

Ich gestatte mir diese Beurteilung, da ich an der besagten Landesdelegiertenkonferenz teilgenommen habe.

Der Kreisvorstand glaubt nicht, daß die "AntifaZ" einen unsauberen Journalismus praktizieren möchte und bittet darum, in der nächsten Nummer als Gendarstellung den Brief des Landesvorstandes der VVN-BdA vom 3.12.90, den wir diesem Schreiben beifügen, abzudrucken.

Zum Artikel über das Antirassismusfest in Herten muß der Wahrheit wegen gesagt werden, daß nicht die Kreisvereinigung Recklinghausen, sondern die VVN-BdA Gruppe Herten zu den Organisatoren gehörte.

Wir bitten auch das zu berücksichtigen. Für den Kreisvorstand der VVN-BdA-Recklinghausen (Karl Heinz Sobolewski)."



Wir erlauben uns den Hinweis, daß wir in diesem einen Fall bereit sind, "sauberen" Journalismus zu betreiben, was wir sonst aus historischen Gründen ablehnen. Im folgenden also die

Stellungnahme des Landesvorstandes NRW der VVN-BdA.

Wir kommen zu gegebener Zeit auf das Thema "VVN-BdA" zurück.



"Liebe Kameradinnen und Kameraden, zeitgleich mit dieser Post erhaltet Ihr einen Brief der Kreisorganisation der VVN-BdA Herne.

Wir haben der Kreisorganisation Herne zugesagt, dieses Schreiben an alle Kreisvorsitzenden unserer Landesorganisation zu schicken. Dies haben wir heute getan, ohne damit ein Präjudiz zu schaffen. Durch das Schreiben von Briefen kann eine auf der Landesdelegiertenkonferenz von einigen Delegierten versäumte Diskussion nicht nachgeholt werden. Wir halten es auch nicht für gut, demokratisch beschlossene Konferenzergebnisse infrage zu stellen.

Für jeden weiteren Diskussionsbedarf auf Landesebene haben wir durch Satzungsänderung den Landesausschuß geschaffen, der zwischen den Landesdelegiertentreffen das höchste Gremium ist. Jede Kreisorganisation ist mit mindestens einem Mitglied, das sie selbst bestimmt, dort vertreten.

Der Brief aus Herne macht es nötig darzulegen, wie die LDK tatsächlich ablief und was von den Vorwürfen, die Kameradinnen und Kameraden aus Herne erheben, zu halten ist.

Den Delegierten der LDK lag eine schriftliche Information über die Einnahmen und Ausgaben der Landesorganisation sowie ein schriftlicher Tätigkeitsbericht für den Zeitraum vom 31.3. (außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz) bis zur Gegenwart vor. Er wurde, nach Referat und Dis-



kussion, einige Stunden in 3 Arbeitskreisen (Satzung und Organisationspolitik; Nationalistische Wende; Antifaschistischer Konsens) diskutiert. Die veränderte Satzung wurde nach ausführlicher Diskussion in der Schlußabstimmung einstimmig beschlossen. Beschlossen wurden eine Reihe von Anträgen und Initiativanträgen.

Gewählt wurde auf der LDK in geheimer Abstimmung. Alle Kandidatinnen und Kandidaten konnten sich vor der Wahl vorstellen. Die Delegierten konnten sie befragen. Bei den Wahlen zum geschäftsführenden Landesauschuß gab es vier Kandidaten mehr als gewählt werden konnten. Bei der Wahl des Vertreters des Landes für den Bundesauschuß gab es einen Kandidaten mehr als gewählt werden konnte. Es mußte also -entsprechend der von der Konferenz beschlossenen Wahlordnung - von den Delegierten in geheimer Wahl eine Entscheidung getroffen werden. Es gab auch unerwartete Reaktionen auf der LDK. So erklärte Nicole Huson, nachdem sie in den geschäftsführenden Landesauschuß gewählt worden war, daß sie ihr Mandat nicht annehmen wolle. Sie brachte zum Ausdruck, daß sie möglicherweise nur gewählt worden sei, weil sie eine Frau sei. Ferner glaube sie, im geschäftsführenden Landesauschuß ihre Ideen nicht ausreichend einbringen zu können.

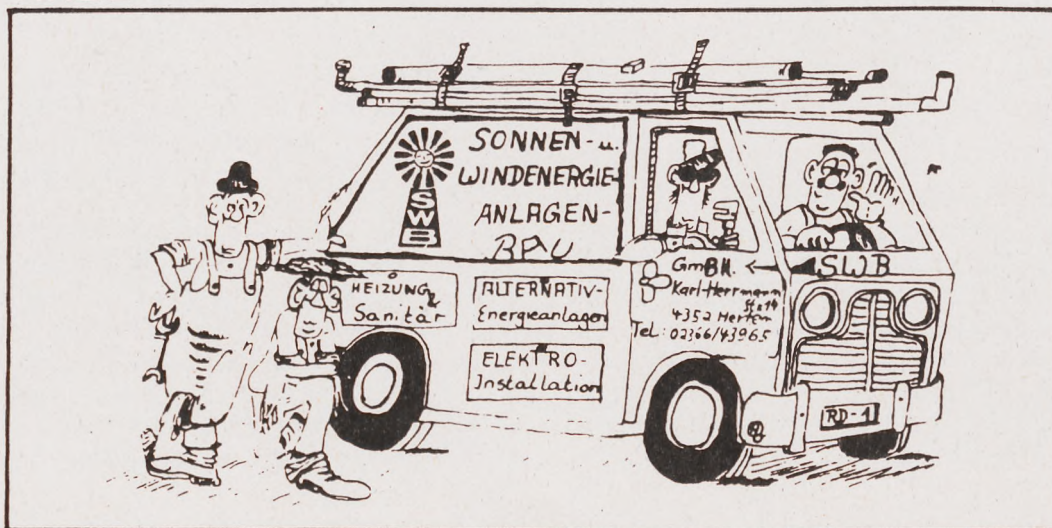
Ein weiteres unerwartetes Problem war, daß die Kameraden Frank Braßel und Ralf Piorr nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses (Frank hatte für die Vertretung des Landes im Bundesauschuß, Ralf für den geschäftsführenden Landesauschuß kandidiert) in persönli-

chen Erklärungen ihren wahrscheinlichen Austritt aus der VVN-BdA bekanntgaben. Frank erklärte u.a., daß die Wahl, seiner Meinung nach, zum Ausdruck bringe, daß die Mehrheit der Konferenz keine kritischen Kameraden in den Leitungsorganen haben wolle. Frank fügte noch hinzu, daß es nach einer Mitgliederversammlung, die wenige Tage später in Herne stattfinden werde, wahrscheinlich keine Kreisorganisation der VVN-BdA in dieser Stadt mehr geben werde. Eine solche Reaktion auf ein demokratisches Wahlergebnis war für die überwiegende Mehrheit der Delegierten nicht nachzuvollziehen.

In seinem Schlußwort brachte Jupp Angenfort zum Ausdruck, daß er diesen Schritt sehr bedauere. Es schein ihm aber vermessen zu erklären, es werde nach einer Kreismitgliederversammlung wahrscheinlich keine Organisation der VVN-BdA in Herne mehr geben. Er glaubte ferner, im Namen aller übrigen Delegierten erklären zu können, daß -ungeachtet eines möglichen Austritts der beiden Kameraden -die VVN-BdA das Bestreben haben werde, mit ihnen kameradschaftlich für die Ziele des Antifaschismus zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Auffassung - in und außerhalb der Organisation - sei und bleibe Grundsatz der VVN-BdA.

Die Kameradinnen und Kameraden aus Herne benennen nun eine Reihe von Fragen, die, ihrer Meinung nach, zusätzlich hätten auf der LDK behandelt werden müssen. Wir möchten dem eine ganz nüchterne Feststellung hinzufügen: Es gab etwa drei Monate lang

## ANZEIGE





Gelegenheit, Anträge an die LDK zu richten. Aus der Kreisorganisation Herne kam kein Antrag an die LDK. Weder zur Tagesordnung, noch zum Satzungsvorschlag, noch zu den Themen der Arbeitskreise oder sonstigen inhaltlichen oder formalen Fragen. Auf der LDK selbst gab es keinen Initiativantrag, der von Kameradinnen und Kameraden aus Herne initiiert wurde. Die unerwartete Reaktion von Frank und Ralf gab es erst nach der - in geheimer Abstimmung zustande gekommenen - Wahlergebnisse. Nun zu einigen Vorwürfen, die von Kameradinnen und Kameraden aus Herne erhoben werden.



#### Zu Personalfragen:

Auf einer Landesvorstandssitzung wurde diskutiert und schließlich mit überwiegender Mehrheit beschlossen, der LDK zu empfehlen, einen Vorsitzenden und Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen zu wählen. Diese Empfehlung war also auf der LDK durchaus keine Überraschung.

Im Landesvorstand wurde ferner einstimmig beschlossen, Jupp Angenfort erneut zum Landesvorsitzenden vorzuschlagen.

In den geschäftsführenden Landesauschuß z.B. sind die entsprechenden Kameradinnen und Kameraden auf der LDK in geheimer Abstimmung mit überzeugenden Mehrheiten gewählt worden. Wir teilen nicht die Auffassung, daß im Vordergrund personalpolitischer Entscheidungen ein parteipolitischer Proporz stehen sollte. Die Mitglieder unserer Organisation sind Mitglieder geworden, weil sie eine antifaschistische Überzeugung haben und für ihre Ideale arbeiten wollen.

Die große Mehrheit der Delegierten hat sich dafür entschieden, daß engagierte Antifaschistinnen und Antifaschisten die "NRW-Führungsspitze" bilden. Nicht akzeptabel für uns ist der Versuch, die Mitglieder der VVN-BdA nach unabhängigen und - in der Konsequenz - nach abhängigen Antifaschisten zu

klassifizieren. Man sollte auch nicht die Mitglieder nach parteipolitischen, konfessionellen und nichtkonfessionellen usw. Kriterien sortieren. Entscheidend sollte der Einsatz für die antifaschistischen Ziele sein und nichts anderes.

Was die inhaltlichen Bemerkungen der Kameradinnen und Kameraden aus Herne zum Referat von Jupp Angenfort anbetrifft, so wollen wir uns dazu hier aus räumlichen Gründen nicht äußern. Jeder Delegierte hat das Referat im Wortlaut, kann sich also eine eigene Meinung bilden. Jedes Mitglied, das das Referat haben möchte, kann gegen Beifügung von 3,- DM in Briefmarken, das Referat bei der Landesgeschäftsstelle anfordern. Im Referat kann der Versuch nachgelesen werden, u.a. die Ursachen für die wachsende Tätigkeit neofaschistischer Kräfte in der bisherigen DDR darzulegen. Selbstverständlich kann auch, zugleich mit der Bestellung des Referats, bei der Landesgeschäftsstelle der schriftliche Rechenschaftsbericht, das Protokoll und die anderen Materialien der LDK angefordert werden.

Die Kameradinnen und Kameraden aus Herne fordern eine erneute Landesdelegiertenkonferenz in der ersten Hälfte des nächsten Jahres. Wir sprechen uns dagegen aus. Über die Situation der VVN-BdA, über die zukünftige Arbeit, über die Veränderung der Satzung, über vorliegende Anträge und Initiativanträge wurde auf der LDK gesprochen. Es sind dort mit großen Mehrheiten Beschlüsse gefaßt und Personalentscheidungen getroffen worden.



Selbstverständlich konnten nicht alle Probleme ausdiskutiert werden. Selbstverständlich sind auch Fragen offen geblieben. Anderes war, in anbetracht der Situation und der Tatsache, daß die LDK eine veränderte Satzung beraten und beschließen mußte, und zeitlich begrenzt war, nicht zu erwarten. Es ist eine alte Erfahrung, daß auf einer zeitlich begrenzten Konferenz niemals alle Probleme ausdiskutiert werden können.



Probleme und Fragen müssen selbstverständlich weiterdiskutiert werden. Zum Beispiel im Landesausschuß, der u.a. dafür-entsprechend der veränderten Satzung - geschaffen wurde.

Der geschäftsführende Landesausschuß wird darüberhinaus entsprechend der von der LDK beschlossenen Satzung - Kommissionen ausschreiben. Auch eine Geschichtskommission. Jedes Mitglied kann sich für die ständige Mitarbeit in diesen Kommissionen melden. Auch dort ist Gelegenheit, über die von den Kameradinnen und Kameraden aus Herne angeschnittenen Fragen zu diskutieren und an ihnen zu arbeiten. Die Beratungen des Bundesausschusses sind grundsätzlich offen für alle Mitglieder. Jedes Mitglied der VVN-BdA, das daran teilzunehmen wünscht, kann Tagungs-ort und Tagungszeit bei der Landesgeschäftsstelle erfragen. (...)

Es gibt in dem Brief der Kameradinnen und Kameraden aus Herne auch Unkorrektheiten.

Wir wollen einige von ihnen benennen:

Daß eine Kameradin, die Mitglied der Kommission zur Vorbereitung des Bundeskongresses war - nicht Mitglied des Bundesausschusses, wie die Kameradinnen und Kameraden aus Herne meinen - die Organisation verlassen hat, ist keine neue Tatsache, wie man aus der Wortwahl des Briefes annehmen könnte.

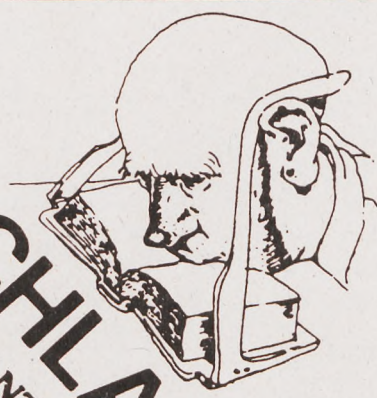
Die Kameradin ist im März dieses Jahres ausgetreten. Auf der außerordentlichen Landeskonferenz am 31. März 1990 wurde darüber bereits informiert.

Ebenso ist es keine neue Tatsache, daß zwei Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes aus diesem Gremium ausgetreten sind. Auch das vollzog sich bereits vor der außerordentlichen LDK im März dieses Jahres. Auf Landesvorstandstagen wurde selbstverständlich darüber berichtet.

Die Entscheidungen auf der LDK sind nach entsprechender Diskussion, in demokratischen Verfahren und mit deutlichen Mehrheiten getroffen worden. Eben deswegen halten wir es auch für anmaßend, der Mehrheit zu unterstellen, die Weiterentwicklung der VVN-BdA zu blockieren. (...)

Wir sind schließlich der Meinung, daß wir uns weniger mit uns selbst beschäftigen, als vielmehr die Kräfte darauf orientieren sollten, im Sinne der demokratisch gefaßten Beschlüsse der VVN-BdA, des antifaschistischen Gedankens überhaupt zu wirken. Die bedrohliche neofaschistische Entwicklung in ganz Deutschland, die Notwendigkeit, gerade in der gegenwärtigen Situation für ein friedliebendes, demokratisches, antifaschistisches Deutschland zu wirken, geben Anregungen dazu. Mit kameradschaftlichen Grüßen.

## ANZEIGE



**BUCHLADEN**  
**TARANTA-BABU**  
 Humboldtstraße 44 4600 Dortmund 1  
 Telefon (02 31) 14 16 89



# DAS TÖTEN WAR IHR HANDWERK- SO STARB DER ANTIFASCHIST ERICH BERGMANN AUS RECKLINGHAUSEN

Zwei Geschehnisse in der kurzen Zeit von nur vierzehn Tagen.  
Zwei Dokumente, die den Vorwurf des beabsichtigten politischen  
Mordes erhärten.  
Zwei Meldungen, aus der Zeit vom 2. bis 14. September 1933:



Berlin.

Der Gefangene Hans Alexander des Lager II Esterwegen arbeitete den 2.9.33. in einer größeren Kolonne am Ausheben eines Grabens im Arbeitsgebiet.

Die Posten standen dem Graben entlang in etwa 15 m Entfernung mit ca. 30 m Zwischenraum. Gegen 10 Uhr besprach der Posten Kurt P. 3/I/19 mit einem der Vorarbeiter die zu erledigenden Arbeiten (Planieren etc.). Während dieser Zeit entfernte sich A. von der Kolonne und lief in das Moor hinein. Der Posten rief ihm mehrmals "Halt" zu und schoß, als A. doch weiterlief, auf ihn auf eine Entfernung von ca. 120-150 m. Gleichzeitig schoß auch der Nebenmann des Postens, der SS-Mann Georg B. 1/I/19. Beide Schüsse trafen und führten den fast sofortigen Tod des Häftlings herbei. Beide Schüsse trafen den Oberkörper des Mannes (Einschüsse in den Rücken).

Das Moor ist ziemlich eben, bietet aber für einen liegenden Mann volle Deckung.

"Heil Hitler"  
Der Oberlagerkommandant:  
SS. Standartenführer.



Osnabrück, den 9. September 1933

Regierungspräsident Eggers

An  
die Verwaltungsdirektion  
der staatlichen Konzentrationslager  
in  
Papenburg

Den anliegenden Zeitungsbericht über die Erschießung eines Kommunisten übersende ich mit dem Ersuchen um sofortigen eingehenden Bericht.

Im übrigen bemerke ich, daß mir derartige Vorfälle in Zukunft auf dem schnellsten Wege (telefonisch oder telegrafisch) mitzuteilen sind.

Die Funkstelle Osnabrück teilt folgenden Funkspruch mit, den die Verwaltungsdirektion in Papenburg an den Herrn M. d. I. aufgegeben hat:

---

M. d. I. Berlin

Am 14.9. mittags hat Häftling Erich Bergmann aus Recklinghausen während der Moorarbeiten Fluchtversuch durch Gräben unternommen. Auf 500 m angeschossen. Von verdeckt stehenden Posten der nächsten Kolonne durch Kopfschuß getötet. Bericht folgt.

---

Verwaltungsdirektion Konzentrationslager Papenburg

Ich bitte um Übersendung einer Abschrift des dem Herrn Minister des Innern erstatteten Berichts über die Erschießung des Häftlings Bergmann aus Recklinghausen.

---

Anzeige

**SONNENBLUME**  
Groß & Reuter  
SPRINGSTR. 2  
RECKLINGHAUSEN  
02361/13 927



- \* Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau  
täglich frisch: Obst und Gemüse  
Brot  
Milchprodukte
- \* Naturkosmetik
- \* Linn-Naturschuhe
- \* Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr



"Auf der Flucht erschossen" zu werden, war in den unruhigen und revolutionären Perioden nach der Novemberrevolution in Deutschland zu einer oft geübten Methode geworden, mit der die Vorgänger und Lehrmeister der Nazischerger viele Revolutionäre, die in ihre Hände fielen, ermordeten.

Diese Art des Tötens wurde von Sonderformationen der Nazi-Herrscher zu einer Perfektion entwickelt, die besonders in den KZ-Lagern zum System dieser Lagerhaft gehörte.

Über den Kommunisten **Erich Bergmann** aus Recklinghausen liegt mir nur dieses Dokument, neben vielen von anderen Häftlingen, vor. Ich weiß nicht, wer er war, wie er lebte. Nichts war bis zu dieser Stunde über ihn zu erfahren.

Was vorliegt, ist der "Erlebnisbericht" eines Mitgefangenen.

Es ist dies der ehemalige politische Häftling **Albert Mainz** aus Meerbusch, dessen erschütternder Erlebnisbericht auch über das Schicksal, das Erich Bergmann im KZ-Lager Esterwegen traf, berichtet.

Ich möchte Albert Mainz sprechen lassen:

"Wenn auch die Daten in meinem Erinnerungsvermögen nicht fest zementiert sind, die Bilder, die meine Augen sahen, sind doch bis auf den heutigen Tag vollauf erhalten geblieben.

Niemals werde ich die Mordbilder los(...)

Der SS-Mörder Vogel, der in der Strafteilung so unmenschlich gewütet hatte, war auch, nachdem die Abteilung aufgelöst war, der tonangebende Mann bei den Arbeiten im Moor.

Auf seine Kappe geht auch der **Mord an Erich Bergmann**. Mord und Mörder waren typisch in ihrer Art, und was später in Bezug auf Sühne vor dem Gericht geschah, war auch typisch für die Gerichte jener Zeit.

Ich will der Reihe nach schildern, wie das böse Spiel, in dem Vogel die Hauptfigur war, ablief.

Der erste Marsch ins Moor bleibt in meinem Hirn für alle Zeiten. Wir zitterten, und die SS-Mörder frohlockten. Da war erstens die sonderbare, gehenderweise einzunehmende Kaffeeschluckerei. Das hat sich aber als belanglose zufällige Tour herausgestellt. Aber, daß alle vom SS-Begleitpersonal frischgeschnittene lange Knüppel hat-

ten, das war neu. Wir sind demzufolge unentwegt geknuppelt worden, zum Singen, wie sonst üblich, kamen wir an jenem Tage nicht. Wir mußten, als wir die Flußbrücke passiert hatten, in Dreierreihe marschieren, damit die Länge der Knüppel besser in Funktion kam. Uns fiel auch auf, daß der Kamerad Bergmann die meisten Schläge abbekam. Und wir wurden gehindert, Bergmann soweit als möglich vor den unzähligen Hieben zu schützen.

Wir waren kaum etwa zwei Kilometer vom Lager entfernt, als es auch schon mooreinwärts ging. An der Spitze des Zuges ging ein einheimischer Moorfachmann, dessen Mütze mit weißem Tuch überzogen war. Dem schloß sich die SS-Führung des Tages an. Wir gingen im Gänsemarsch, weil der schmale Pfad suppig wässrig war. Das war eine undenkbar lange Karawane. Jedesmal fünf Häftlinge und dann ein Bewacher. Als wir etwa drei Kilometer mooreinwärts marschiert waren, kamen wir an eine weitübersehbare Stelle, an der schon mal gewerkelt worden war. Dort stand auch eine aus Rasenstücken gebaute Bude mit glaslosen großen Sichtlöchern an den Giebeln und einem türlosen größeren Eingang inmitten der Budenwand. Dort sollte unser Arbeitsplatz sein. Die zu bearbeitende Fläche

## Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung:

Mittwoch, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtparkasse Recklinghausen

BLZ 426 500 30

Kto.-Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Carsten, Thea, Susanne,

Wolfgang T., Eckhardt,

Falko, Ingrid, Klaus, Ruth und

Hermann B.

Druck: druckwerk

Penningskamp 12a

4600 Dortmund 30



war rechteckig, etwa 100 mal 200 Meter im Geviert.

Während wir zur Arbeit angeleitet und flächenmäßig eingeteilt wurden, kam ein erster Hinweis an alle, der aber vorbereitet war. Wir mußten sofort senkrecht in die Tiefe graben, und unsere Wächter wiesen uns an, nicht so oft Umschau zu halten. Mir brach aber der Spatenstiel, und ich benötigte einen Schlothaken, ein gebogener langer Stiel mit einer gabelartigen Hacke. Während ich aus dem Graben herausgeklettert war, sah ich ein emsiges Hin und Her mit unserem Kameraden Bergmann.

Die Rasenbude, in der sich die SS-Führung des Tages aufhielt, verlief der Länge nach mit der Terraingrenze überein, von Süden nach Norden. Die Bude lag genau an der äußersten Grenze des Arbeitsterrains. Man konnte also von der Bude aus in gerader Richtung an der äußersten Kante des Arbeitsgeländes vorbei durch die Fensterlöcher auf jeden schießen, der die äußerste Grenze des Arbeitsgeländes überschritt. Der leitende Truppführer des Tages hielt sich zur gegebenen Zeit mit dem ehemaligen SS-Mörder Vogel in dieser Bude auf.

Vogels Freund, der mit dem Namen Biber angesprochen wurde, trieb unseren Kameraden Bergmann kreuz und quer durchs Arbeitsgelände, vorbei an allen Gräben, als wolle er damit zum Ausdruck bringen: "Seht ihn Euch noch einmal an, der wird gleich erschossen."

Dann ging Bergmann, von Biber getrieben, in Richtung Abschußstelle. Dort war inzwischen ein Schlothaken aufrecht in den Moorboden gesteckt, aber etwa 5 bis 6 Meter über den zulässigen Geländerand hinaus. Die Blicke der Grabenbewacher insgesamt waren auf Bergmann und Biber gerichtet, dadurch hatten wir freie Sicht.

Wir sahen, wie sich Bergmann sträubte, sich widersetzend, rückwärts gehend vom Schlothaken weiter entfernte. Einige Stöße mit dem Gewehrkolben zwangen Bergmann dann, auf den im Moor steckenden Schlothaken zuzugehen. Im gleichen Moment ging Biber, Bergmanns Bewacher, einige Schritte vom

Grenzrand zurück. Unmittelbar nach der Vorwärtsbewegung von Bergmann und Rückwärtsbewegung des SS-Mannes Biber, fiel ein Schuß. Dieser erste Schuß



Ernst Walsken, Gefangene in der Baracke

Moorsalstolef

ernst walsken

aber muß wohl am Ziel vorbei gegangen sein, denn Bergmann wandte sich der Bude zu, winkte mit seiner Mütze und rief: "Nicht schießen!"

Dann aber ballerte die gesamte SS. Mein Bewacher nahm im angesetzten Laufschrift sein Gewehr von der Schulter, ging stehend in Schußposition und schoß auf Bergmann. Da heißt, er wollte, sein Schuß ging aber etwa 10 Meter vor ihm spritzend ins Moor. Die Schüsse auf Bergmann gingen zum großen Teil über die Köpfe der in den Gräben arbeitenden Häftlinge hinweg.

Niemand ging zu dem Niedergeschossenen hin. Erst als Feierabend geboten wurde, bauten wir aus Birkenknüppeln eine Trage.

Die Leichenstarre war schon eingetreten."

(entnommen:

Albert Mainz, Meerbusch-Lank:  
Esterwegen KZ-Lager III - 1933).  
Hermann Bogdal



---



---

**LESERBRIEF**


---



---

Heinz Hentschke  
 Alfred-Brandt-Str. 12  
 Berlin 1170

Berlin, 8.2.1991

Liebe Kameraden und Freunde!

Als Kamerad und Kumpel des Antifaschisten **Erwin Schulz** wende ich mich hoffnungsvoll an Euch, mit folgendem Anliegen:

1. Den gleichen Weg wie Erwin bin und mußte ich gehen, solcher Art, wie in Heft 26, Nov/Dez 90, geschildert; nur, daß mein Weg als Gestapo-Häftling in der Reichskanzlei endete und ich von der Roten Armee am 1. Mai 1945 befreit wurde.

Diese grausame Zeit im Moor, Lager VII und II, habe ich für die Nachwelt aufgeschrieben, und der **Dietz Verlag** hat diese Erinnerungen als Buch herausgegeben; der Titel lautet:

**"Moor und Heide ringsumher"**, 212 Seiten Umfang, in Taschenbuchformat, 16 Seiten Bildbeilage auf Kunstdruckpapier, 36 Foto-Repros, Preis 11,80 Mark.

Das Buch gelangte im Mai 90 in den Buchhandel.

Nur, zeitbedingt, brachte die Presse keine Hinweise, noch Rezensionen, und die neuen Buchhändler führen diesen Titel nicht. Und, da dachte ich, es wäre gut, das Buch in Eurer "AntifaZ" anzukündigen!

Als Vorbild verweise ich auf die DIZ-Nachrichten, die das Aktionskomitee für ein Dokumentationszentrum Emslager e.V., Papenburg, herausgibt. Laßt Euch Heft 11-1990 schicken und lest auf S. 25/26, wie die Kameraden dort mein Buch angekündigt haben. Anschrift:

**DIZ Papenburg, Postfach 1132, 2990 Papenburg 1.**

Die Kameraden würden auch Eure evtl. Bücherbestellungen erledigen...oder Ihr bestellt direkt beim

**Dietz-Verlag Berlin, Wallstr. 76-79, 1020 Berlin.**

2. Als Moordichter habe ich viele Gedichte aus jener Zeit im Moor geschrieben; auch drei Moorsoldatenlieder.

Könnt Ihr mir einen Verlag nennen, der diese herausgeben würde?

In der Hoffnung, keine Fehlbitte getan zu haben, verbleibe ich mit den besten Wünschen und Kameradengrüßen

Heinz Hentschke

**AntifaZ-Redaktion:**

Lieber Heinz,  
 herzlichen Dank für Deinen Brief. Selbstverständlich werden wir Dein Buch vorstellen, haben es aber wegen der kurzen Zeit in dieser Ausgabe nicht geschafft - es wird aber mit Sicherheit in der kommenden Ausgabe geschehen.

Einen Verlag für Deine Gedichte können wir leider nicht nennen, versprechen aber, Umschau zu halten.

Wie wäre es, wenn Du uns einen ausführlichen Beitrag über Deine Erfahrungen zuschicken würdest, den wir in der AntifaZ abdrucken könnten?

Wie Du vielleicht in früheren Ausgaben der AntifaZ gelesen hast, versuchen wir möglichst häufig, Lebensberichte und Erfahrungen von Menschen abzudrucken, die gegen den Hitlerfaschismus sich aufgelehnt haben.

Für heute alles Gute und Gesundheit,

AntifaZ-Redaktion

---



# ANTIFASCHISTISCHER RATSCHLAG

## KREIS RECKLINGHAUSEN

Am 20. und 21. April wird für den Kreis Recklinghausen ein "Antifaschistischer Ratschlag" durchgeführt. Ort der Konferenz ist das "Jugendzentrum Herten-Nord" in der Stadt Herten.

Schon seit längerem bemühen sich AntifaschistInnen im Kreis Recklinghausen, mal wieder eine ausführliche Beratung antifaschistischer Positionen zu organisieren, einige Versuche, u.a. den DGB-Kreis mit einzubeziehen, waren bislang gescheitert.

Seit einigen Monaten konnte allerdings die Zusammenarbeit zwischen AntifaschistInnen in Herten, Recklinghausen, Marl und Oer-Erkenschwick verbessert werden, so daß die Grundlagen für einen derartigen "Ratschlag" sich verbessert haben.

Der Tagungsort ist durch das im vergangenen Jahr durchgeführte "Antirassismusfest" schon ein wenig bekannt.

Da auch die gemeinsamen Aktivitäten im Kreis zugenommen haben, z.B. Unterstützung von AsylbewerberInnen im Stadtteil Herten-Langenbochum, Beginn von Aktionen gegen die kreisweit

arbeitende FAP, Ausbau der antifaschistischen Städtepartnerschaft zu Schmalkalden und zum Recklinghäuser Patenkreis, dem Kreis Bernau, sind Grundlagen für verschiedene Schwerpunkte des geplanten Ratschlags entstanden.

Auf dieser Grundlage sind bisher folgende Arbeitsforen geplant:

### ANZEIGE

# Drübbelken

## KNEIPE

## GALERIE

## RESTAURANT





Münsterstraße 5 · 4350 Recklinghausen · Tel.: (0 23 61) 2 34 93



- I. Faschistische Neuformierung und Bedeutung des Kampfes um ein Verbot faschistischer Organisationen
- II. Gen- und Reproduktionstechnologien und Zusammenhang zum Faschismus
- III. Neofaschistische Tendenzen auf dem Gebiet der ehem. DDR, insbesondere Aktivitäten im Kreis Bernau.
- IV. Bedeutung des Widerstands gegen das NS-Regime für die Arbeit der AntifaschistInnen heute
- V. Rassismus und antirassistische Strategien
- VI. Neue Formen antifaschistischer Arbeit.

Die Konferenz wird im Wechsel von Gruppenarbeit und Forumsgesprächen durchgeführt. Für den Samstagabend ist eine Schwerpunktdiskussion zum Thema "Gen- und Reproduktionstechnologien" vorgesehen, anschließend Antifa-Fete mit Disco. Für den Besuch der Abendveranstaltung ist ein Eintritt von 5,- DM vorgesehen. Wegen der weiteren Vorbereitungen (Verpflegung, etc.) ist eine **Voranmeldung** vorgesehen:


**ANMELDUNG**      **ZUM**  
**RATSCHLAG:**


Hiermit melde ich mich zur Teilnahme am Antifaschistischen Ratschlag im Kreis Recklinghausen an.  
 Ort der Veranstaltung:  
 "Jugendzentrum Hertent-Nord"  
 Beethovenstr. 1  
 4352 Hertent/Westf.  
 Bisheriger Ablauf:  
 20. April, 10.00 Uhr Einlaß  
 11.00 Uhr Arbeitsgruppen  
 13.00 Uhr Mittagessen  
 19.00 Uhr Diskussionsveranstaltung  
 21.00 Uhr Antifa-Fete  
 21. April, 10.00 Uhr Beginn  
 12.00 Uhr Abschlußplenum  
 14.00 Ende der Veranstaltung.  
 Anmeldung:  
 Name:.....  
 .....  
 Anschrift:.....  
 .....  
 .....  
 Ein Tag/2 Tage:.....

**ABONNIERT DIE ANTIFAZ**

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo .....24,- DM  
 Förderabo .....30,- DM

**Bestellung:**

- durch Überweisung der Abogebühr auf das  
 Konto Nr. 1 000 229 38  
 BLZ 426 500 30  
 Stadtparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei  
 Wolfgang Englisch  
 Oerweg 28  
 4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift ANTIFAZ bis auf Widerruf.

Name: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Anzeigenpreisliste:**

1/2 Seite .....80,-DM  
 1/3 Seite .....60,-DM  
 1/4 Seite .....50,-DM



## ANKÜNDIGUNG DES INFO-CAFES BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Hallo, liebe Leute!

Nach reichlich vergangener Zeit, haben wirs jetzt endlich geschafft, die **Presse-dokumentation zur Mainzer Straße** fertig zu drucken. Die Doku umfaßt auf 140 Seiten Presseberichte aus allen relevanten Zeitungen in Ost+West, Artikel aus Magazinen, Fluggis und Presseerklärungen sowie Soli-Aktionen und Auslandspresse. Im Verkauf kostet sie 6,50 DM. Wenn Ihr sie bestellen wollt, Kostet sie ab 10 Stück 5,-DMs. Die Überschüsse vom Verkauf gehn aufs Prozeßkosten-Konto. Bestellungen nur gegen Vorkasse (sorry, geht aber nicht anders).

Wir sind übrigens ein **Info-Cafe**, das nach der Räumung der Mainzer entstanden ist und auch in einem besetzten Haus residiert. Über Unterstützung in Form von Material+ Bücherspenden genauso wie Infos aus Eurer Stadt könnten wir recht begeistert sein.

Solidarische und kämpferische Grüße

Info-Cafe, Kreuzigerstr. 18, 1035 Berlin-Friedrichshain

## ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
 • 4350 Recklinghausen •  
 • Tel. 02361-17002 •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00